Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

3

März 1999

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

51. Jahrgang • März 1999

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Jörg Mühlenhaupt, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,00 DM, Einzelheft: 5,00 DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (02 11) 94 49-01
Telefax: (02 11) 44 20 06
Internet: http://www.lds.nrw.de
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9903

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit der Ausgabe März 1999 der Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen stellen wir die Herausgabe dieses Heftes ein.

Es wird dafür zwei neue Veröffentlichungen geben.

In der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Statistische Nachrichten Nordrhein-Westfalen" werden aktuelle Kurznachrichten und Ergebnistabellen, Grafiken zu wichtigen Eckdaten sowie ein im Vergleich zur Statistischen Rundschau NRW erweiterter Zahlenspiegel enthalten sein.

Daneben wird es eine unregelmäßig erscheinende Veröffentlichung geben, in der Aufsätze zu methodischen Fragestellungen der amtlichen Statistik sowie Analysen und Ergebnisse dargestellt werden.

Ihre Redaktion

Inhalt

Öffentliche Finanzen	Das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1995	115
	Aktuelle Ergebnisse	146
Wahlen	Europawahl 1999 Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik	131
Bildung	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahre 1998	128
	Auszubildende am 31. Dezember 1998	130
Erwerbstätigkeit	Arbeitskämpfe 1998	129
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 1999	129
Handel	Außenhandel im Jahre 1998	127
	Umsätze im Einzelhandel im Januar 1999	129
	Umsätze im Großhandel im Jahre 1998	129
Verkehr	Öffentlicher Straßenpersonenverkehr im Jahre 1998	142
	Aktuelle Ergebnisse	154
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im März 1999	127
	Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im Februar 1999	130
	Aktuelle Ergebnisse	145
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Bruttoinlandsprodukt 1998	128
Zahlenspiegel	*Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich*	156

Zentrale Information und Beratung ☎ (02 11) 94 49-24 95/25 25

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich
aus dem Runden der Einzelwerte.

Dipl.-Betriebswirt Dietmar Grottendieck
Dipl.-Volkswirt Ernst Penachio

Das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen
Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1995

Mit der Anknüpfung an das steuerliche Verfahren der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer erschließen sich mit den Daten der Vermögensteuerstatistik Informationen über die Vermögenssphäre jenes Teils der Bevölkerung bzw. der Wirtschaft, der zur Abgabe einer Vermögensteuererklärung verpflichtet ist.
Die Vermögensteuerstatistik gibt einen Einblick in die Struktur und die Entwicklung des steuerlich erfassten Vermögens und seiner Bestandteile in Nordrhein-Westfalen. Nachgewiesen werden für die natürlichen Personen u. a. die Quellen des Vermögens aus den einzelnen Vermögensarten, die Schulden und sonstigen Abzüge, das Gesamt- und das steuerpflichtige Vermögen, und zwar gegliedert nach Größenklassen des Gesamtvermögens sowie nach der Art der Beteiligung am Erwerbsleben und der Haushaltsgröße. Eine Analyse der Vermögenssituation weiter Bevölkerungskreise wird dadurch ermöglicht. Im Mittelpunkt der Darstellung des Vermögens der nichtnatürlichen Personen steht das steuerlich erfasste Betriebsvermögen. Durch die Gliederung der Ergebnisse nach den Rechtsformen der Unternehmen und den Größenklassen des Gesamtvermögens ist auch hier ein detaillierter Überblick gewährleistet.

Seit Beginn des Jahres 1997 wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben. Aufgrund verfassungsmäßiger Bedenken wurde sie ausgesetzt. Den bei den Ländern entstehenden Einnahmeausfall sollen ein erhöhter Grunderwerbsteuersatz und Mehreinnahmen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ausgleichen. Da die Vermögensteuerstatistik mit der Hauptveranlagung verknüpft ist, wurde – bleibt es bei der Aussetzung – vorerst letztmals für 1995 (das letzte Jahr einer Hauptveranlagung) eine solche Statistik durchgeführt. Gesetzesgrundlage war das Gesetz über Steuerstatistiken[1], wonach für die Vermögensteuerstatistik in der Regel eine 3-jährige Periodizität festgeschrieben ist. Nach 1989 hätte somit 1992 – in Anlehnung an eine Hauptveranlagung – wieder eine Statistik durchgeführt werden müssen. Aufgrund des Steueränderungsgesetzes 1991[2] wurde der Zeitpunkt jedoch um ein Jahr verschoben. Mit der Verschiebung sollte erreicht werden, dass die Hauptveranlagung im gesamten Bundesgebiet stattfinden konnte. Nach einem Verzicht auf die Erhebung in den fünf neuen Ländern wurde dieses Ziel indes verfehlt, es blieb jedoch beim 1. 1. 1993 als Hauptveranlagungszeitpunkt. Mit der Hauptveranlagung zum 1. Januar 1995 wurde der alte Turnus wieder hergestellt.

Bei der Vermögensteuerstatistik handelt es sich um eine Sekundärstatistik. Als Erhebungsunterlagen werden Datenträger der Finanzverwaltung mit anonymisierten Angaben aus der Hauptveranlagung herangezogen. Neben den Vorteil, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen nicht mit zusätzlichen statistischen Arbeiten belastet werden, tritt jedoch einschränkend der Nachteil, dass die erhobenen Daten an das Vermögensteuer- und Bewertungsrecht und die Modalitäten des Besteuerungsverfahrens gebunden sind. In Anlehnung an die Veranlagung unterliegt die Vermögensteuerstatistik damit automatisch dem Zeitablauf dieser (mehrjährigen) Arbeiten in der Finanzverwaltung. Die zeitliche Aktualität der Statistik wird dadurch zwar beeinträchtigt; ihre Hauptbedeutung ist jedoch in der Bereitstellung von Strukturdaten zu sehen.

Für die Vermögensbesteuerung zum Hauptveranlagungszeitpunkt 1. Januar 1995 waren folgende rechtliche Vorschriften maßgebend:

- Vermögensteuergesetz (VStG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14. November 1990 (BGBl. I S. 2467), zuletzt geändert durch das Postneuordnungsgesetz vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325);
- Vermögensteuer-Richtlinien für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1995 (VStR 1995) vom 17. Januar 1995 (BStBl. I Sondernummer 2/1995, S. 23);
- Bewertungsgesetz (BewG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), zuletzt geändert durch das Postneuordnungsgesetz vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325).

Gegenüber der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer 1993 ist nach Artikel 25 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993[3] für natürliche Personen ein gespaltener Steuersatz eingeführt worden. Das Produktivvermögen (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Betriebsvermögen sowie Beteiligungswerte) unterlag wie bisher einem Steuersatz von 0,5 % – für das Privatvermögen wurde der Steuersatz dagegen verdoppelt und betrug 1 %. Geändert wurden außerdem die Freibetragsre-

1) Gesetz über Steuerstatistiken in der Neufassung vom 11. Oktober 1995 (BGBl.I S.1250)
2) Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991 – StÄndG 1991) vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1322)
3) BGBl. 1993 I S. 944

gelungen für natürliche Personen (§ 6 VStG). Insbesondere der persönliche Freibetrag je Steuerpflichtigen und mitveranlagte Person ist auf 120 000 DM (bis 1994: 70 000 DM) angehoben worden, was sich in einem deutlichen Rückgang der Zahl der Steuerpflichtigen in den untersten Größenklassen auswirkte.

Einstellung der Statistik

Das Für und Wider einer Vermögensteuer, deren Hauptveranlagung die Basis zur Durchführung der Statistik bildet, ist lange kontrovers diskutiert worden. Einige Standpunkte sind in dem Beitrag „Das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen"[4] genannt.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass ungeachtet der gegenwärtigen Aussetzung der Vermögensteuer eine echte Vermögensteuer weiterhin verfassungsrechtlich zulässig wäre.[5] Die Voraussetzungen hierfür zeigt das Bundesverfassungsgericht[6] auf, indem es u. a. ausführt, dass die Bemessungsgrundlage auf die Ertragsfähigkeit der wirtschaftlichen Einheiten bezogen sein muss und deren Werte in ihrer Relation realitätsgerecht abgebildet werden müssen. Hinzu kommt, dass die Vermögensteuer zu den übrigen Steuern vom Ertrag nur hinzutreten darf, soweit die steuerliche Gesamtbelastung in der Nähe einer hälftigen Teilung zwischen privater und öffentlicher Hand verbleibt.

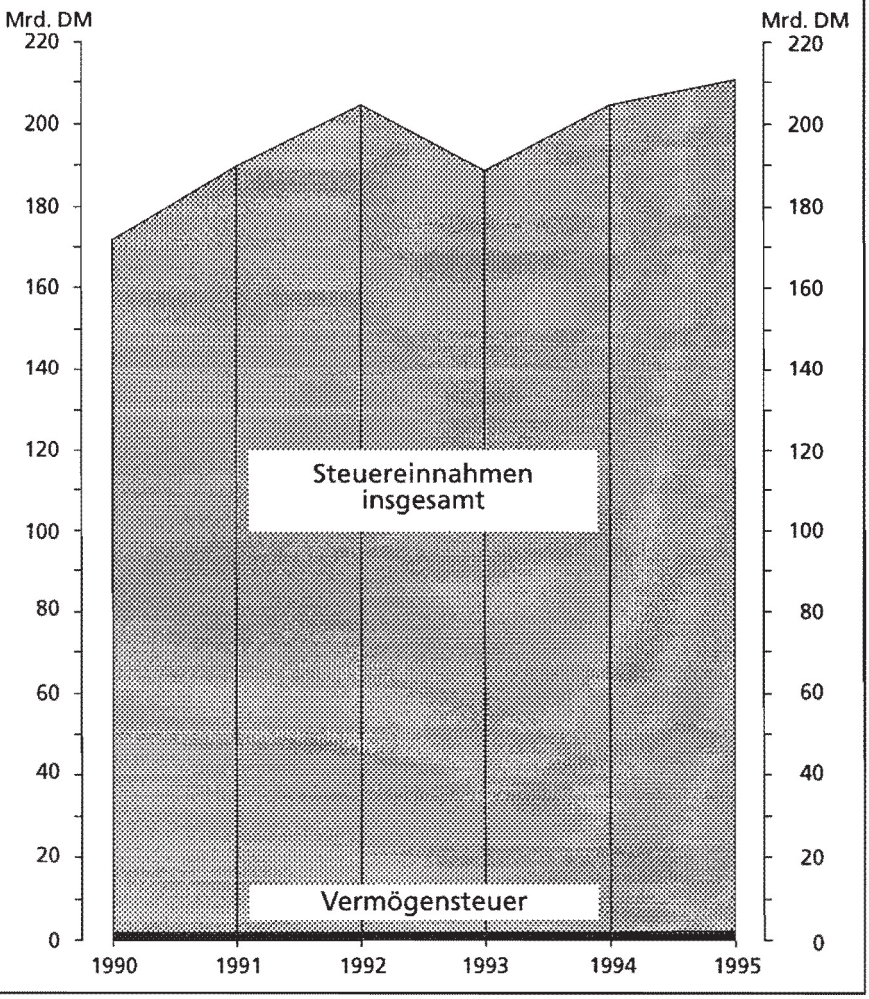
Nachfolgend wird auf die aufkommensmäßige Bedeutung der Vermögensteuer eingegangen. Es folgt ein kurzer Überblick über die Besteuerung der natürlichen und nichtnatürlichen Personen durch die Vermögensteuer. Die weitere Darstellung der Struktur der Steuerpflichtigen aus der Vermögensteuerveranlagung 1995 beschränkt sich indes ausschließlich auf die (unbeschränkt steuerpflichtigen) natürlichen Personen.

Bedeutung der Vermögensteuer

Im Vergleich mit den Steuereinnahmen insgesamt und auch dem Aufkommen einzelner anderer direkter Steuern (insbesondere Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer) fällt die Vermögensteuer deutlich zurück.

Die hier dargestellten Einnahmen sind nicht periodengerecht abgegrenzt und weichen daher von den

Abb. 1: Vermögensteuer- und gesamte Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen 1990-1995



4) Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen 11/1997

5) Vgl. Heinrich Weber-Grellet, in: Betriebsberater (BB) Heft 27, S.1417.

6) BVerfG, Beschluss 2 BvL 37/91 vom 22. 6. 1995

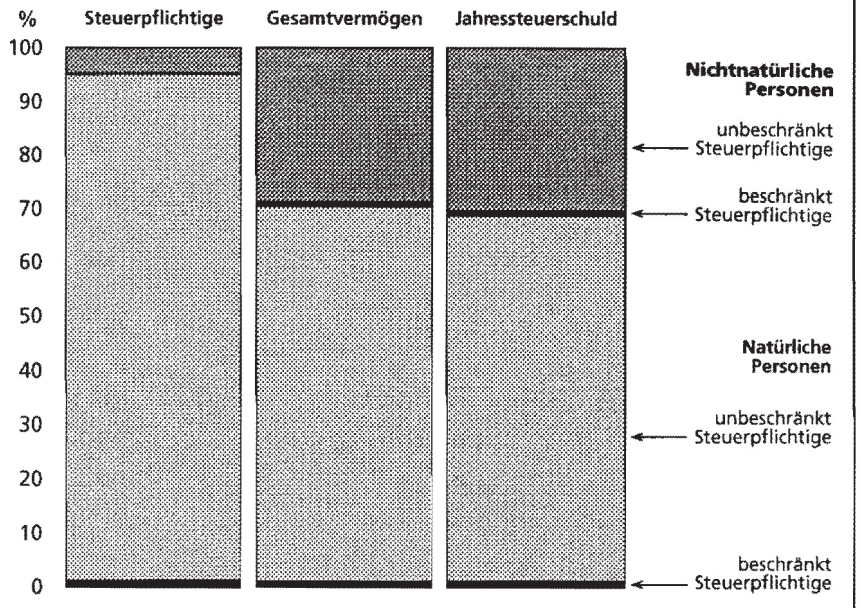
nachfolgenden Veranlagungsdaten ab. Der Anteil an den Steuereinnahmen schwankte im Beobachtungszeitraum um ein Prozent.

Veranlagung 1995 Ergebnisüberblick

Nach den Ergebnissen der Vermögensteuerstatistik sind in Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 1995 rund 258 600 natürliche und nichtnatürliche Personen (z. B. GmbHs) zur Vermögensteuer veranlagt worden, ca. 4,5 Prozent weniger als zum Hauptveranlagungszeitpunkt 1. 1. 1993. Auf das nach steuerlichen Bewertungsvorschriften ermittelte Gesamtvermögen bzw. (bei beschränkter Steuerpflicht) Inlandsvermögen in Höhe von 346,7 Mrd. DM (1993: 329,4 Mrd. DM) wurden 1,966 Mrd. DM (1,545 Mrd. DM) an Vermögensteuer an das Finanzamt entrichtet. Während das steuerlich nachgewiesene Vermögen sich damit innerhalb der zwei Jahre annähernd in dem Maße wie 1993/1989 entwickelt hat (+6,4 %; 1995/93: +5,3 %), schnellte die Jahressteuerschuld um 27,3 Prozent nach oben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass rund 45 Prozent des steuerpflichtigen Vermögens der natürlichen Personen als nicht produktiv eingestuft und mit einem Steuersatz von 1 Prozent belegt worden waren. Dieser Effekt wurde durch die Erhöhung der persönlichen Freibeträge nur unwesentlich geschmälert (siehe Tabelle S. 118/119).

Die stärkste Gruppe der Vermögensteuerpflichtigen stellten mit 93,7 Prozent die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen, deren Vermögensteuerveranlagung in Form der Haushaltsbesteuerung erfolgt. Dies bedeutet, dass Ehegatten und Kinder zusammen veranlagt werden. Von den nach dem Mikrozensus rd. 8 031 700 Privathaushalten wurde jeder 33. (1993: jeder 31.) – insgesamt 242 459 (255 188) – unbeschränkt, d. h. mit seinem in- und ausländischen Vermögen, zur Vermögensteuer veranlagt.

Abb. 2: Vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen 1995



Mit 240,2 Mrd. DM (223,3 Mrd. DM) verfügten die Haushalte über ein um die Schulden bereinigtes Gesamtvermögen, das um 7,6 Prozent über dem Betrag von 1993 lag. Das durchschnittliche Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen belief sich auf 990 800 DM (874 900 DM).

An Bedeutung verloren hat dagegen die Besteuerung der nichtnatürlichen Personen. Der durch das Steueränderungsgesetz 1992 auf 500 000 DM erhöhte Freibetrag des § 117 a BewG (nach zuvor 125 000 DM)[7] führte schon 1993 zu einem starken Rückgang sowohl der Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen (rd. 46 %) als auch deren Gesamtvermögen (rd. 13 %); zum Hauptveranlagungszeitpunkt 1. Januar 1995 blieben die Daten gegenüber 1993 nahezu konstant.

Verschoben haben sich mit dieser Entwicklung auch die Steueranteile zwischen natürlichen und nichtnatürlichen Personen. Konnte bei der Veranlagung 1983 noch davon gesprochen werden, bei der Vermögensteu-

7) Zu den Veranlagungszeitpunkten 1. 1. 1984 und 1. 1. 1985 wurden die erstmals durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 - StEntlG 1984 v. 22. 12. 1983 (BGBl. I S. 1983) gewährten Vergünstigungen für das Betriebsvermögen (125 000 DM) noch als persönlicher Freibetrag gewährt. Ab dem Hauptveranlagungsstichtag 1. 1. 1986 sind die Vergünstigungen dagegen unmittelbar bei der Ermittlung des Gesamtvermögens zu berücksichtigen. Vgl.: Gürsching/Stenger... BewG § 117 a, RZ 9

Vermögen und Jahressteuerschuld der Vermögensteuerpflichtigen 1993 und 1995

Lfd. Nr.	Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige					Gesamt- bzw.	
		1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993	
		Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%
1	Natürliche Personen	258 473	95,4	245 941	95,1	– 4,8	226 674,3	68,8
	davon							
2	unbeschränkt steuerpflichtig	255 188	94,2	242 459	93,7	– 5,0	223 271,6	67,8
3	steuerbelastet	232 532	85,8	216 842	83,8	– 6,7	182 897,5	55,5
4	steuerbefreit	22 656	8,4	25 617	9,9	+13,1	40 374,1	12,3
5	beschränkt steuerpflichtig	3 285	1,2	3 482	1,3	+ 6,0	3 402,7	1,0
6	Nichtnatürliche Personen	12 402	4,6	12 706	4,9	+ 2,5	102 721,4	31,2
	davon							
7	unbeschränkt steuerpflichtig	12 058	4,5	12 362	4,8	+ 2,5	99 960,4	30,3
8	beschränkt steuerpflichtig	344	0,1	344	0,1	–	2 761,0	0,8
9	**Insgesamt**	**270 875**	**100**	**258 647**	**100**	**– 4,5**	**329 395,7**	**100**

1) bei beschränkt Steuerpflichtigen: Inlandsvermögen

er handele es sich überwiegend um eine Unternehmenssteuer (Jahressteuerschuld 1983 für natürliche Personen: 579,2 Mill. DM; für nichtnatürliche: 808,2 Mill. DM), so haben sich die Verhältnisse in der Folgezeit umgekehrt. Einer Steuerschuld von 1 352,8 Mill. DM der natürlichen Personen stand laut Veranlagung 1995 lediglich eine Jahressteuer in Höhe von 613 Mill. DM bei den nichtnatürlichen Personen gegenüber. Kleinere Unternehmen wurden kaum noch besteuert, größere Unternehmen wurden von der ertragsunabhängigen Vermögensteuer entlastet. Die Vermögensteuer hatte sich zunehmend zu einer Steuer für Großunternehmen entwickelt.

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Die der Besteuerung unterliegenden Vermögensarten land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstiges Vermögen addierten sich zu einem Rohvermögen von rd. 284 Mrd. DM (+6,2 % gegenüber 1993). Da die Schulden und sonstigen Abzüge geringfügig abgenommen haben (–0,8 %), wurde ein Gesamtvermögen ermittelt, dessen Steigerung die des Rohvermögens leicht übertraf. Nach Abzug der persönlichen Freibeträge (120 000 DM je Steuerpflichtigen und je mitveranlagte Person – Ehegatte und Kinder –) sowie der Freibeträge wegen Alters oder Behinderung ge-

Vermögen und Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1995

Merkmal	Fälle bzw. Steuerpflichtige		Betrag	
	1995	Veränderung 1995 gegenüber 1993	1995	Veränderung 1995 gegenüber 1993
	Anzahl	%	Mill. DM	%
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	31 535	– 8,7	842,1	–13,8
Grundvermögen	194 001[1]	– 1,9	51 969,4	– 2,8
Betriebsvermögen[2]	15 353	– 7,7	30 829,5	– 0,9
Sonstiges Vermögen	241 663	– 4,8	202 751,9	+10,3
Rohvermögen	**242 459**	**– 5,0**	**283 876,8**[3]	**+ 6,2**
Schulden und sonstige Abzüge	154 220	–17,9	43 643,2	– 0,8
Gesamtvermögen	**242 459**	**– 5,0**	**240 233,6**	**+ 7,6**
Freibeträge4)	551 220	– 6,7	56 861,9	+41,3
Steuerpflichtiges steuerbelastetes Vermögen	216 842	– 6,7	183 251,5	+ 0,2
Jahressteuerschuld	**216 842**	**– 6,7**	**1 330,0**	**+45,7**

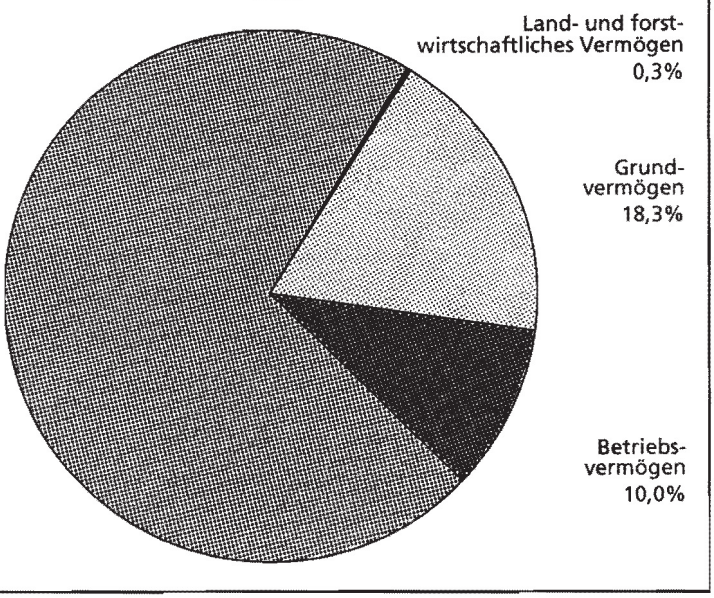
1) ohne Fälle mit nur ausländischem Grundvermögen – 2) ohne überschuldete Betriebe – 3) Summe der Vermögensarten abzüglich des negativen Betriebsvermögens überschuldeter Betriebe – 4) bei „Steuerbefreiten" nur soweit steuerbefreiend wirksam

Inlandsvermögen[1]			Steuerpflichtiges Vermögen					Jahressteuerschuld					Lfd. Nr.
1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	
Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%		
244 270,3	70,5	+ 7,8	186 298,6	64,5	187 286,5	64,6	+ 0,5	930,0	60,2	1 352,8	68,8	+45,5	1
240 233,6	69,3	+ 7,6	182 897,5	63,3	183 251,5	63,3	+ 0,2	913,0	59,1	1 330,0	67,7	+45,7	2
183 251,5	52,9	+ 0,2	182 897,5	63,3	183 251,5	63,3	+ 0,2	913,0	59,1	1 330,0	67,7	+45,7	3
56 982,1	16,4	+41,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4
4 036,7	1,2	+18,6	3 401,1	1,2	4 035,0	1,4	+18,6	17,0	1,1	22,9	1,2	+34,7	5
102 435,4	29,5	– 0,3	102 716,7	35,5	102 430,7	35,4	– 0,3	614,6	39,8	613,0	31,2	– 0,3	6
99 598,0	28,7	– 0,4	99 955,9	34,6	99 593,4	34,4	– 0,4	598,1	38,7	596,0	30,3	– 0,4	7
2 837,4	0,8	+ 2,8	2 760,8	1,0	2 837,3	1,0	+ 2,8	16,5	1,1	17,0	0,9	+ 3,0	8
346 705,7	**100**	**+ 5,3**	**289 015,4**	**100**	**289 717,2**	**100**	**+ 0,2**	**1 544,6**	**100**	**1 965,9**	**100**	**+27,3**	**9**

mäß § 6 Abs. 3 VStG ergab sich aus dem verbleibenden steuerpflichtigen Vermögen unter Zugrundelegung der gesplitteten Steuersätze von 0,5 Prozent (ca. 500 Mill. DM) bzw. 1 Prozent (ca. 830 Mill. DM) ein Steuersoll von insgesamt 1 330 Mill. DM, das von 216 842 Steuerbelasteten aufzubringen war. Die übrigen 25 617 Veranlagten brauchten keine Vermögensteuer zu bezahlen, da durch die Berücksichtigung der genannten Freibeträge kein steuerpflichtiges Vermögen mehr verblieb oder wegen der Geringfügigkeit (Kleinbetragsregelung von 50 DM) von der Steuerfestsetzung abgesehen wurde. Im Durchschnitt musste jeder mit Steuer Belastete 6 133 DM (1993: 3927 DM) an Vermögensteuer entrichten.

Auf die 1995 erfassten 242 459 unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen entfielen 482 552 Fälle eines Vermögens aus jeweils einer der vier Vermögensarten. Das Rohvermögen jedes veranlagten Haushalts setzte sich folglich aus durchschnittlich zwei Vermögensarten zusammen. Die am häufigsten vorkommende Vermögensart (rd. 50 % der Fälle) war das sonstige Vermögen, wozu Kapitalforderungen, Zahlungsmittel, Sparguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften, bestimmte Renten und Versicherungsansprüche sowie Luxusgegenstände, nicht dagegen der übliche Hausrat, zählen. Grundvermögen wurde in rd. 40 Prozent der Fälle (–1,9 % gegen-

Abb. 3: Vermögensstruktur der Privathaushalte 1995



über 1993) festgestellt, wohingegen das Betriebsvermögen nur bei jedem 31. Fall eine Rolle spielte.

Die Rohvermögensstruktur nach den steuerlichen Wertansätzen zeigt die Abb. 3 (Seite 119). Das Rohvermögen bestand zu 71,4 Prozent aus dem sonstigen Vermögen, es folgte das Grundvermögen mit 18,3 Prozent.

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen 1995 nach überwiegender Vermögensart

Überwiegende Vermögensart	Steuerpflichtige		Überwiegende Vermögensart je Steuerpflichtigen	
	Anzahl	%	1 000 DM	
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	214	0,1	203,5	177,6
Grundvermögen	42 878	17,7	510,9	216,6
Betriebsvermögen[1]	5 908	2,4	3 749,8	1 630,4
Sonstiges Vermögen	193 459	79,8	965,0	189,5
Insgesamt	**242 459**	**100**	x	x

1) ohne überschuldete Betriebe

Wie bereits erwähnt, erfasste die Vermögensteuer nur die steuerlichen Wertansätze, die von den marktüblichen abweichen konnten. Für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen galten z.B. noch die Einheitswerte von 1964 (beim Grundvermögen mit einem Ansatz von 140 Prozent, der die seitherige Wertentwicklung zum Teil berücksichtigte). Beim inländischen positiven Betriebsvermögen blieb – wie erwähnt – ein Betrag in Höhe von 500 000 DM außer Ansatz, der übersteigende Teil wurde nur zu 75 Prozent angesetzt. Hinzu kommt, dass es sich beim betrieblich festgestellten Einheitswert nicht um einen Bruttowert wie bei den übrigen Vermögensarten handelte, sondern um einen Nettowert, da die Schulden und sonstigen Abzüge bereits bei der Bewertung des Betriebes zum Abzug kamen. Als eine Neuerung, durch das Steueränderungsgesetz 1992[8] eingeführt, wurde der allgemeine Bewertungsgrundsatz (Teilwert) auf die nunmehr zu berücksichtigenden Steuerbilanzwerte bzw. ertragsteuerlichen Werte umgestellt (§ 109 BewG, neu). Die zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter wurden dadurch für die Einheitsbewertung ab dem 1. 1. 1993 in der Regel mit den Steuerbilanzwerten in die Vermögensaufstellung übernommen. Eine eigenständige Wertermittlung wie bisher wurde dadurch entbehrlich. Unterschiede zur Höhe der in früheren Statistiken nachgewiesenen Wertansätze sind dabei nicht ganz auszuschließen. Der früher übliche Teilwert entsprach überwiegend den Wiederbeschaffungs- oder Wiederherstellungskosten. Ausnahmen vom steuerbilanzmäßigen Ansatz bestanden noch für Wertpapiere und Anteile an Kapitalgesellschaften, für die die nach §§ 11, 112 und 113 BewG ermittelten Werte maßgebend waren.

Einen Aufschluss über die Hauptvermögensquellen und deren Korrelation mit anderen Vermögenswerten gewährt die Darstellung der Privathaushalte nach der überwiegenden Vermögensart. Als überwiegend wird diejenige Vermögensart bezeichnet, die beim einzelnen Pflichtigen einen höheren Betrag aufweist als jede andere Vermögensart. Bei vier Fünfteln der Veranlagten bestand das Vermögen hauptsächlich aus sonstigem Vermögen; bei gut einem Sechstel überwog das Grundvermögen. Nur 2,4 Prozent der erfassten Personen verfügten vor allem über steuerlich relevantes Betriebsvermögen. Land- und forstwirtschaftliches Vermögen spielte demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle.

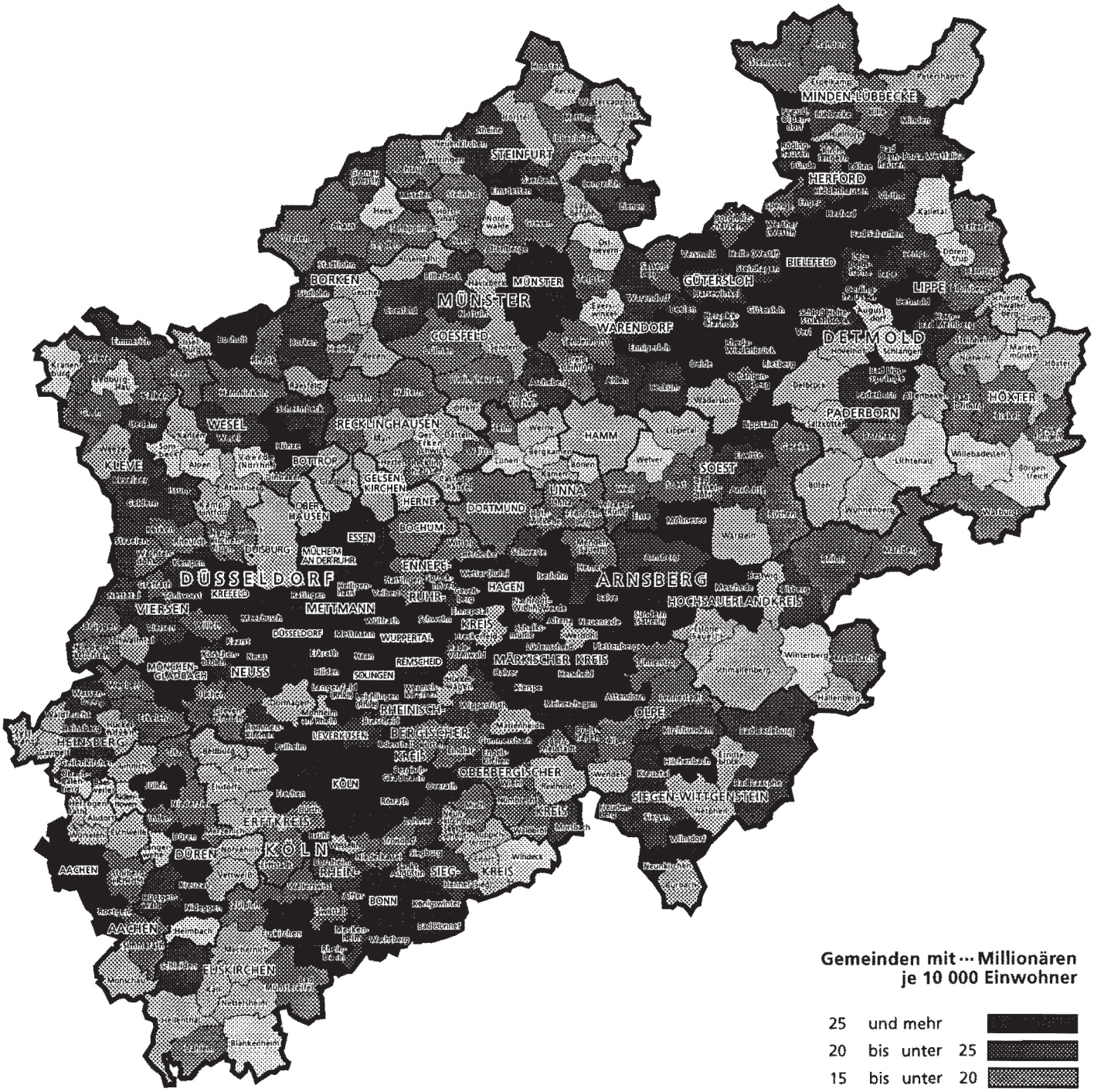
Geht man der Frage nach, wie die jeweils überwiegende Vermögensart mit dem weiteren Vermögen korreliert, so ergibt sich folgendes Bild: Der höchste Betrag je Steuerpflichtigen (rund 3,75 Mill. DM) wurde beim Betriebsvermögen als überwiegender Vermögensart festgestellt. Gleichzeitig besaß diese Steuerpflichtigengruppe den höchsten Durchschnittswert (1,63 Mill. DM) an den vorhandenen übrigen Vermögenswerten. Der Gruppe mit Betriebsvermögen als überwiegender Vermögensart folgten die Steuerpflichtigen mit sonstigem Vermögen. Grundvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen standen demgegenüber zurück, wenngleich das durchschnittliche weitere Vermögen der Haushalte mit überwiegend Grundvermögen das der Personengruppe mit sonstigem Vermögen übertraf.

Vermögensverteilung

Unter Berücksichtigung der (um 50 000 DM erhöhten) persönlichen und sachlichen Freibeträge und der Vergünstigungen beim Grundbesitz

8) Gesetz zur Entlastung der Familien und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze (Steueränderungsgesetz 1992 – StÄndG 1992) vom 25. Februar 1992 (BGBl. I S. 257)

Vermögensmillionäre 1995 in Nordrhein-Westfalen



Gemeinden mit … Millionären je 10 000 Einwohner

25	und mehr		
20	bis unter	25	
15	bis unter	20	
10	bis unter	15	
	unter	10	

Gesamtvermögen und Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1993 und 1995 nach

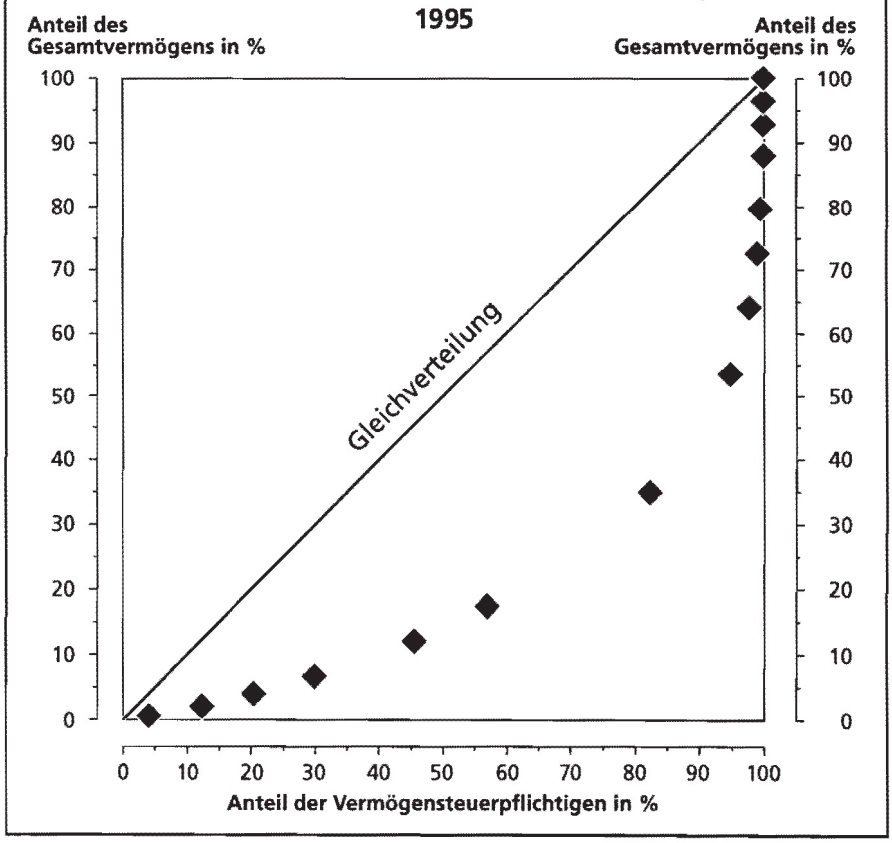
Lfd. Nr.	Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige						
		1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993	
		Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%
1	unter 150 000	28 838	11,3	9 918	4,1	-65,6	3 349,9	1,5
2	150 000 – 250 000	54 103	21,2	39 681	16,4	-26,7	10 782,8	4,8
3	250 000 – 500 000	85 990	33,7	88 981	36,7	+ 3,5	30 602,3	13,7
4	500 000 – 1 Mill.	50 528	19,8	61 512	25,4	+21,7	34 789,4	15,6
5	1 Mill. – 2,5 Mill.	24 700	9,7	29 910	12,3	+21,1	36 987,2	16,6
6	2,5 Mill. – 5 Mill.	6 335	2,5	7 326	3,0	+15,6	21 653,8	9,7
7	5 Mill. – 10 Mill.	2 648	1,0	2 940	1,2	+11,0	18 191,2	8,1
8	10 Mill. und mehr	2 046	0,8	2 191	0,9	+ 7,1	66 915,1	30,0
9	**Insgesamt**	**255 188**	**100**	**242 459**	**100**	**- 5,0**	**223 271,6**	**100**

und Betriebsvermögen hat der Eingangsbereich mit einem steuerlich relevanten Gesamtvermögen bis unter 150 000 DM um knapp zwei Drittel abgenommen; der Rückgang setzte sich abschwächend in den Bereichen 150 000 bis 200 000 DM (–27,6 %), 200 000 bis 250 000 DM (– 25,6 %) sowie 250 000 bis 300 000 DM Gesamtvermögen (–3,7 %) fort. In allen übrigen Größenklassen waren dagegen Zuwächse zu verzeichnen; die prozentual höchsten lagen mit über 20 Prozent im mittleren Bereich zwischen 0,5 Mill. und 2,5 Mill. DM der Gesamtvermögensverteilung.

Angesichts der fortschreitenden Vermögensbildung, die in diesen Zuwachsraten zum Ausdruck kommt, ist von besonderem Interesse, wie das Vermögen verteilt ist. Greift man aus der vorliegenden Größenklassen-Gruppierung beispielsweise den Bereich der Vermögensmillionäre heraus, so zeigt sich, dass ihre Zahl um 18,6 Prozent zugenommen hat. Das zugehörige Gesamtvermögen – es machte fast zwei Drittel des Vermögens aller Steuerpflichtigen aus – wies eine Steigerung um 8,8 Prozent auf. Die regionale „Millionärsdichte" ist in der obigen Abbildung (Seite 121) aufgezeigt. Sie enthält die Anzahl der Vermögensmillionäre bezogen auf je 10 000 Einwohner.

Insgesamt gesehen konzentrierte sich der größte Teil des Vermögens auf nur wenige Steuerpflichtige, wie anhand der Darstellung der relativen

Abb. 5: Lorenzkurve der Vermögensteuerpflichtigen 1995



der Höhe des Gesamtvermögens

Gesamtvermögen			Jahressteuerschuld					Lfd. Nr.
1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	
Mill. DM	%		Mill. DM	%	Mill. DM	%		
1 350,7	0,6	–59,7	3,0	0,3	0,5	0	–82,8	1
7 944,8	3,3	–26,3	18,9	2,1	15,3	1,1	–19,1	2
32 058,3	13,3	+ 4,8	80,8	8,9	103,5	7,8	+28,0	3
42 534,1	17,7	+22,3	127,3	13,9	212,9	16,0	+67,2	4
44 568,0	18,6	+20,5	161,1	17,6	280,3	21,1	+74,0	5
25 058,3	10,4	+15,7	101,9	11,2	165,6	12,5	+62,5	6
20 215,8	8,4	+11,1	88,1	9,7	132,1	9,9	+49,9	7
66 503,5	27,7	– 0,6	331,8	36,3	419,8	31,6	+26,5	8
240 233,6	**100**	**+ 7,6**	**913,0**	**100**	**1 330,0**	**100**	**+45,7**	**9**

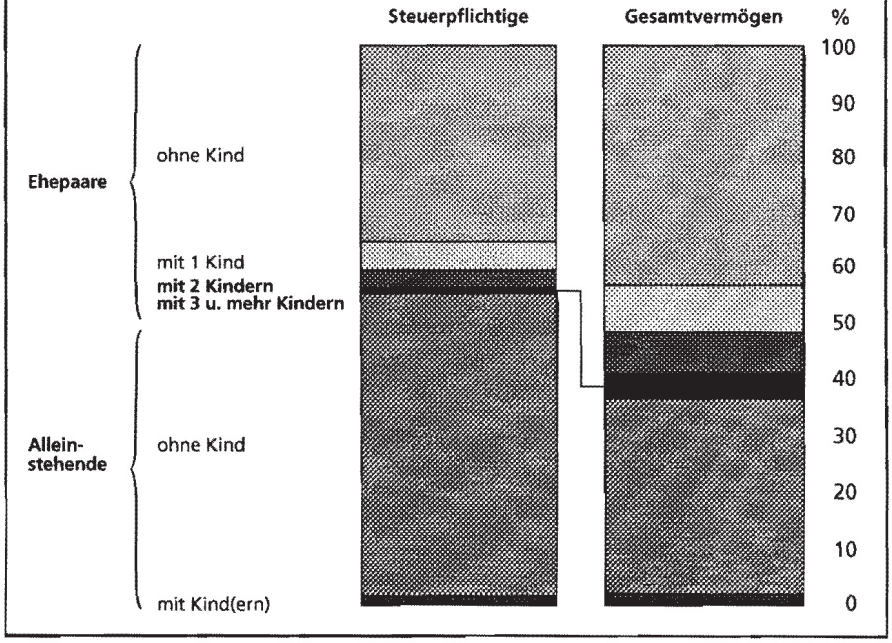
Konzentration mit Hilfe der „Lorenzkurve" ersichtlich ist. In ihr sind die relativen Besetzungszahlen der Größenklassen und der relative Anteil des Gesamtvermögens, der auf die betreffenden Größenklassen entfällt, bei den niedrigen Werten beginnend, sukzessive aufaddiert. Die aufaddierten Prozente der Steuerpflichtigen sind auf der Abszisse und die des Gesamtvermögens auf der Ordinate aufgetragen. Hätten alle Steuerpflichtigen das gleiche Gesamtvermögen (Fehlen jeder Konzentration), lägen die Punkte auf der Linie der Gleichverteilung, die in der Abbildung von links unten nach rechts oben verläuft. Je stärker die Konzentrationskurve von der Linie der Gleichverteilung abweicht, desto ausgeprägter ist die Konzentration.[9)]

Im Jahre 1995 vereinigten rd. 5 Prozent der vermögendsten Steuerpflichtigen ungefähr 47 Prozent des Gesamtvermögens aller erfassten Privathaushalte auf sich; die Vermögensmillionäre insgesamt (das waren 17 Prozent aller steuerpflichtigen natürlichen Personen) hielten einen Anteil von 65 Prozent des Gesamtvermögens. Die Konzentration von Vermögen mit 1 Million und mehr DM hat gegenüber 1993 in den einzelnen Gruppen um durchschnittlich zwei Prozentpunkte zugenommen. Während der Wegfall kleinerer Betriebsvermögen aufgrund der geänderten Freibetragsregelung sich schon im Jahre 1993 konzentrationssteigernd auswirkte, verstärkte 1995 die Erhöhung der persönlichen Freibeträge diesen Effekt.

Haushaltsgröße

Bei der Betrachtung der Zusammensetzung der Haushalte ist zu berück-

Abb. 6: Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen 1995 nach Haushaltsgröße und Gesamtvermögen



9) Vgl.: Pfanzagl; Allgemeine Methodenlehre der Statistik.

Gesamtvermögen und Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1993 und 1995 nach

Lfd. Nr.	Haushaltsgröße[1]	Steuerpflichtige					1993		
		1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	insgesamt		je Steuerpflichtigen
		Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%	1 000 DM
1	Alleinstehende	134 995	52,9	133 987	55,3	– 0,7	78 565,9	35,2	582,0
2	ohne Kind	130 161	51,0	130 284	53,7	+ 0,1	73 089,1	32,7	561,5
3	mit Kind(ern)	4 834	1,9	3 703	1,5	–23,4	5 476,7	2,5	1 133,0
4	Ehepaare	120 193	47,1	108 472	44,7	– 9,8	144 705,7	64,8	1 203,9
5	ohne Kind	89 390	35,0	85 683	35,3	– 4,1	93 450,1	41,9	1 045,4
6	mit 1 Kind	16 222	6,4	12 232	5,0	–24,6	21 766,5	9,7	1 341,8
7	mit 2 Kindern	11 160	4,4	8 036	3,3	–28,0	19 544,3	8,8	1 751,3
8	mit 3 und mehr Kindern	3 421	1,3	2 521	1,0	–26,3	9 944,8	4,5	2 907,0
9	**Insgesamt**	**255 188**	**100**	**242 459**	**100**	**– 5,0**	**223 271,6**	**100**	**874,9**

1) gegliedert nach der Anzahl der zusammen veranlagten Personen

Gesamtvermögen und Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen 1993 und 1995 nach

Lfd. Nr.	Beteiligung am Erwerbsleben [1]	Steuerpflichtige					1993		
		1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	insgesamt		je Steuerpflichtigen
		Anzahl	%	Anzahl	%		Mill. DM	%	1 000 DM
1	Erwerbstätige	113 040	44,3	100 141	41,3	–11,4	139 785,7	62,6	1 236,6
2	Selbstständige	57 177	22,4	49 162	20,3	–14,0	100 749,2	45,1	1 762,1
	darunter								
3	Land- und Forstwirte	7 374	2,9	6 403	2,6	–13,2	6 822,7	3,1	925,2
4	Gewerbetreibende	32 883	12,9	26 905	11,1	–18,2	71 840,3	32,2	2 184,7
5	freie Berufe	13 874	5,4	12 858	5,3	– 7,3	13 624,2	6,1	982,0
6	Nichtselbstständige	55 863	21,9	50 979	21,0	– 8,7	39 036,5	17,5	698,8
	darunter								
7	Arbeiter	3 672	1,4	2 913	1,2	–20,7	1 077,0	0,5	293,3
8	Angestellte	40 848	16,0	37 536	15,5	– 8,1	31 115,2	13,9	761,7
9	Beamte	7 722	3,0	7 188	3,0	– 6,9	3 855,2	1,7	499,2
10	Nichterwerbstätige	142 148	55,7	142 318	58,7	+ 0,1	83 485,9	37,4	587,3
11	Rentner, Pensionäre u. Ä.	120 908	47,4	121 928	50,3	+ 0,8	62 654,7	28,1	518,2
12	sonstige Nichterwerbstätige	21 240	8,3	20 390	8,4	– 4,0	20 831,1	9,3	980,8
13	**Insgesamt**	**255 188**	**100**	**242 459**	**100**	**– 5,0**	**223 271,6**	**100**	**874,9**

1) lt. Angabe in der Vermögensteuererklärung

sichtigen, dass die Häufigkeiten, mit denen die einzelnen Haushaltsgrößen auftreten, eng mit den steuerlichen Freibeträgen verbunden sind. Von steuerlicher Bedeutung waren vor allem Alleinstehende und Ehepaare ohne Kinder. Alleinstehende ohne Kinder, die bereits mit einem Gesamtvermögen von mehr als 120 000 DM veranlagt wurden, bildeten mit knapp 54 Prozent der Steuerpflichtigen die stärkste Gruppe. Ihr Anteil am Gesamtvermögen (34,6 %) blieb deutlich hinter ihrem zahlenmäßigen Gewicht zurück. Zur Steuer trugen sie auch ungefähr mit diesem Anteil bei.

Ehegatten ohne Kinder (Freibetragsgrenze 240 000 DM) stellten rd. 35 Prozent der Haushalte. Ihr Anteil am Gesamtvermögen belief sich auf 43,2 Prozent, der Steueranteil auf 42,7 Prozent. Ehepaare mit Kindern unterlagen wegen der Addition der Freibeträge erst bei höheren Vermö-

Haushaltsgrößen

Gesamtvermögen				Jahressteuerschuld					Lfd. Nr.
1995			Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	
insgesamt		je Steuerpflichtigen							
Mill. DM	%	1 000 DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
87 607,6	36,5	653,9	+11,5	321,2	35,2	510,2	38,4	+58,8	1
83 155,7	34,6	638,3	+13,8	298,1	32,6	485,6	36,5	+62,9	2
4 451,9	1,9	1 202,2	-18,7	23,1	2,5	24,5	1,8	+ 6,2	3
152 626,0	63,5	1 407,1	+ 5,5	591,8	64,8	819,8	61,6	+38,5	4
103 838,7	43,2	1 211,9	+11,1	376,8	41,3	567,6	42,7	+50,7	5
20 179,2	8,4	1 649,7	- 7,3	90,1	9,9	105,2	7,9	+16,8	6
18 370,8	7,6	2 286,1	- 6,0	81,7	8,9	93,6	7,0	+14,6	7
10 237,2	4,3	4 060,8	+ 2,9	43,3	4,7	53,4	4,0	+23,2	8
240 233,6	**100**	**990,8**	**+ 7,6**	**913,0**	**100**	**1 330,0**	**100**	**+45,7**	**9**

der Beteiligung am Erwerbsleben

Gesamtvermögen				Jahressteuerschuld					Lfd. Nr.
1995			Veränderung 1995 gegenüber 1993	1993		1995		Veränderung 1995 gegenüber 1993	
insgesamt		je Steuerpflichtigen							
Mill. DM	%	1 000 DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
146 635,1	61,0	1 464,3	+ 4,9	604,8	66,2	832,1	62,6	+37,6	1
102 396,8	42,6	2 082,8	+ 1,6	450,2	49,3	601,7	45,2	+33,7	2
7 458,6	3,1	1 164,9	+ 9,3	27,4	3,0	42,3	3,2	+54,7	3
70 174,1	29,2	2 608,2	- 2,3	328,6	36,0	413,0	31,1	+25,7	4
15 223,4	6,3	1 184,0	+11,7	54,6	6,0	84,6	6,4	+54,9	5
44 238,4	18,4	867,8	+13,3	154,6	16,9	230,4	17,3	+49,0	6
1 088,9	0,5	373,8	+ 1,1	3,3	0,4	5,0	0,4	+51,0	7
34 868,4	14,5	928,9	+12,1	125,2	13,7	182,7	13,7	+45,9	8
4 523,4	1,9	629,3	+17,3	13,6	1,5	21,4	1,6	+56,9	9
93 598,4	39,0	657,7	+12,1	308,3	33,8	497,9	37,4	+61,5	10
73 570,9	30,6	603,4	+17,4	218,2	23,9	376,4	28,3	+72,5	11
20 027,6	8,3	982,2	- 3,9	90,1	9,9	121,5	9,1	+34,9	12
240 233,6	**100**	**990,8**	**+ 7,6**	**913,0**	**100**	**1 330,0**	**100**	**+45,7**	**13**

gen der Steuerpflicht. Dies kommt in dem mit der Kinderzahl wachsenden Durchschnittsvermögen der Haushalte deutlich zum Ausdruck. Ehepaare mit drei und mehr Kindern wiesen denn auch das höchste Durchschnittsvermögen aller Privathaushalte auf.

Beteiligung am Erwerbsleben

Aus den Zahlen über die Erwerbsbeteiligung ist ersichtlich, dass mehr Personen als früher nach ihrem Erwerbsleben im Besitz eines steuerpflichtigen Vermögens waren. Fast sechs Zehntel der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen waren Nichterwerbstätige (hauptsächlich Rentner/-innen oder Pensionäre). Gleichzeitig hat sich der Anteil der Erwerbshaushalte verringert (1995: 41,3 %; 1993: 44,3 %). Aufgrund der dort vielfach größeren

Haushalte griff die Steuer nur bei den in stärkerem Maße Vermögenden. Umgekehrt lagen die Verhältnisse, betrachtet man die Verteilung des Gesamtvermögens der Haushalte entsprechend ihrer Erwerbsbeteiligung. Etwas mehr als sechs Zehntel des veranlagten Gesamtvermögens entfielen auf die Erwerbstätigen.

Die Detailübersicht weist eine breite Spanne bei den Durchschnittsvermögen aus. Innerhalb der Gruppe der nicht selbstständig Beschäftigten hatten die Angestellten das höchste Durchschnittsvermögen (928 900 DM). Bei den Selbstständigen lagen die Gewerbetreibenden an der Spitze (2 608 200 DM). Schichtenspezifisch waren die meisten Vermögensmillionäre bei den Gewerbetreibenden vertreten (38,8 % der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen Angehörigen dieser Gruppe). Von den freiberuflich Tätigen verfügten knapp 30 Prozent über ein Gesamtvermögen von über 1 Million DM; es folgten Land- und Forstwirte (20,5 %) und Angestellte (18,2 %). Rentner/-innen und Pensionäre (11 %) sowie Beamtinnen/Beamte (10,9 %) und Arbeiter/-innen (3,7 %) waren auf den weiteren Plätzen vertreten.

Unterschiedlich repräsentiert waren die Haushaltstypen auch im Vergleich mit dem Mikrozensus 1995. Von den gemeldeten Selbstständigen-Haushalten des Mikrozensus (nach der Beteiligung der Bezugsperson am Erwerbsleben) waren in der Vermögensteuerstatistik etwas mehr als zehn Prozent erfasst, von den Haushalten der Nichtselbstständigen 1,3 Prozent (Beamtinnen/Beamte 1,9 %, Angestellte 1,9 %, Arbeiter/-innen 0,2 %) sowie von den Haushalten Nichterwerbstätiger vier Prozent.

Regionale Ergebnisse

Auch 1995 war knapp ein Drittel der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen im Regierungsbezirk Düsseldorf ansässig, gefolgt vom Regierungsbezirk Köln mit einem Anteil von 28 Prozent. Diese beiden Regionen vereinigten mit 83 Mrd. DM bzw. 60,4 Mrd. DM ebenfalls rd. 60 Prozent des nordrhein-westfälischen Gesamtvermögens auf sich.

Das Gesamtvermögen je Steuerpflichtigen war jedoch im Regierungsbezirk Detmold mit 1,07 Mill. DM am höchsten (NRW insgesamt: 0,99 Mill. DM).

Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und deren Gesamtvermögen 1995 nach Regierungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige				Gesamtvermögen			
	insgesamt		Veränderung 1995 gegenüber 1993	je 10 000 Einwohner	insgesamt		Veränderung 1995 gegenüber 1993	je Steuerpflichtigen
	Anzahl	%		Anzahl	Mill. DM	%		1 000 DM
	Insgesamt							
Regierungsbezirke								
Düsseldorf	78 886	32,5	- 5,1	149	83 029,0	34,6	+ 3,3	1 052,5
Köln	67 865	28,0	- 3,7	163	60 441,6	25,2	+10,4	890,6
Münster	25 996	10,7	- 5,2	102	23 561,8	9,8	+13,2	906,4
Detmold	28 263	11,7	- 8,1	142	30 212,7	12,6	+ 3,2	1 069,0
Arnsberg	41 449	17,1	- 4,5	109	42 988,5	17,9	+12,9	1 037,1
Nordrhein-Westfalen	**242 459**	**100**	**- 5,0**	**136**	**240 233,6**	**100**	**+ 7,6**	**990,8**
	darunter Steuerpflichtige mit einem Gesamtvermögen von 1 Mill. und mehr DM							
Regierungsbezirke								
Düsseldorf	14 713	34,7	+16,9	28	55 919,0	35,8	+ 2,5	3 800,7
Köln	10 881	25,7	+20,1	26	36 558,0	23,4	+12,6	3 359,8
Münster	4 487	10,6	+20,9	18	14 547,0	9,3	+18,6	3 242,0
Detmold	4 834	11,4	+18,7	24	20 532,7	13,1	+ 3,3	4 247,6
Arnsberg	7 452	17,6	+18,2	20	28 789,0	18,4	+17,0	3 863,3
Nordrhein-Westfalen	**42 367**	**100**	**+18,6**	**24**	**156 345,6**	**100**	**+ 8,8**	**3 690,3**

Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden die meisten unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen und das höchste Gesamtvermögen in der kreisfreien Stadt Düsseldorf registriert (12 727 Steuerpflichtige/ 16,7 Mrd. DM Gesamtvermögen); es folgten die kreisfreie Stadt Essen (9 278/10,1 Mrd. DM) sowie der Kreis Mettmann (8 827/10,0 Mrd. DM). Im Regierungsbezirk Köln dominierten die Städte Köln (17 802 Steuerpflichtige/17,8 Mrd. DM Gesamtvermögen) und Bonn (8 766/7,4 Mrd. DM) sowie der Rhein-Sieg-Kreis (8 976/7,4 Mrd. DM), im Regierungsbezirk Münster die Stadt Münster (5 050/4,2 Mrd. DM) sowie der Kreis Recklinghausen (5 302/4,0 Mrd. DM), im Regierungsbezirk Detmold die Stadt Bielefeld (5 425/6,2 Mrd. DM) sowie die Kreise Gütersloh (4 526/5,8 Mrd. DM) und Lippe (5 938/5,1 Mrd. DM) und im Regierungsbezirk Arnsberg die Stadt Dortmund (6 373/5,3 Mrd. DM) sowie der Märkische Kreis (5 763/7,3 Mrd. DM). (Siehe auch Regionaltabelle Seite 146ff.)

In Nordrhein-Westfalen hatten 42 367 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen ein Gesamtvermögen von 1 Million oder mehr DM; dies entspricht einem Anteil von 24 Steuerpflichtigen bezogen auf 10 000 Einwohner. Weit über diesem Landesdurchschnitt bewegten sich die „Millionärsquoten" in den rheinischen Städten und Gemeinden Meerbusch (86), Bad Honnef (57), Odenthal (52), Wachtberg (51) und Düsseldorf (50). ■

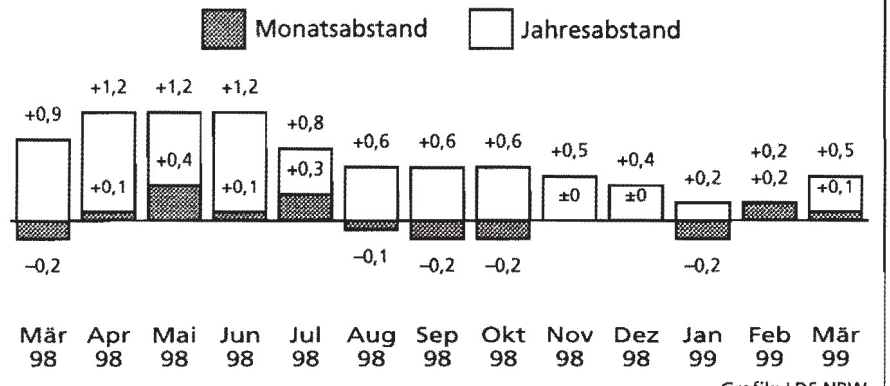
Preisindex für die Lebenshaltung im März 1999

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte März / Mitte Februar) um 0,1 % auf 104,5 Punkte gestiegen (Basis 1995 = 100). Gegenüber dem **Vorjahr** (März 1998) beträgt die Indexveränderung +0,5 %; im Januar und Februar hatte die Teuerungsrate im Jahresabstand bei jeweils +0,2 % gelegen.

Gegenüber Februar 1999 verteuerten sich vor allem leichtes Heizöl (+9,7 %) und Telefondienstleistungen (+1,5 %), während die Nahrungsmittelpreise um 0,2 % nachgaben (Salatgurken: –10,0 %, Kopfsalat: –8,2 %, Weintrauben: –5,0 %). Pauschalreisen wurden gegenüber dem Vormonat um 0,9 % billiger.

Für die ersten drei Monate 1999 errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von +0,3 % (Januar bis März 1998/97: +1,2 %).

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
– Veränderungen in Prozent –



Grafik: LDS NRW

Außenhandel im Jahre 1998

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft exportierte im vergangenen Jahr nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von annähernd 188 Milliarden DM. Damit erhöhte sich der Wert der Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. Der Wert der Importe belief sich 1998 auf nahezu 193 Milliarden DM und liegt damit um 0,9 % höher als 1997.

Den mit Abstand größten Absatzmarkt für NRW-Ausfuhren bildeten auch 1998 die Länder der Europäischen Union; hier nahmen die Ausfuhren um 0,3 % zu, während die Einfuhren um 1,3 % niedriger ausfielen als 1997.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahre 1998

In Nordrhein-Westfalen wurden 1998 nach vorläufigen Ergebnissen 121 600 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das waren 4 500 oder 3,8 % mehr als 1997. Damit wurde das beste Ergebnis seit 1992 erzielt. Anders als im Vorjahr hat sich die Zahl der Neuabschlüsse bei jungen Frauen (+3,6 %) nicht so stark erhöht wie bei jungen Männern (+4,0 %).

Wie die Tabelle zeigt, konnte im Bereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe" mit +6,8 % die höchste Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Auch im Handwerk wurden 2,4 % mehr neue Ausbildungsverträge abgeschlossen als 1997.

Regional besonders bemerkenswerte, gegenüber 1997 sogar zweistellige Zuwachsraten bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für die Bezirke der Industrie- und Handelkammern Detmold (+18,6 %), Siegen (+12,4 %) und Düsseldorf (+10,1 %) gemeldet.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1998 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge		
	1997	1998[1)]	Zu- (+) bzw. Abnahme (–) 1998 gegenüber 1997 in %
	Anzahl		
Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe	58 765	62 769	+ 6,8
Handwerk	38 967	39 887	+ 2,4
Landwirtschaft	2 652	2 686	+ 1,3
Öffentlicher Dienst	3 089	2 901	– 6,1
Freie Berufe	12 774	12 378	– 3,1
Städtische Hauswirtschaft	829	956	+15,3
Insgesamt	**117 076**	**121 577**	**+ 3,8**

1) vorläufige Ergebnisse

Bruttoinlandsprodukt 1998

Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens erreichte 1998 einen Wert von 827 Milliarden DM. Es lag damit nominal um 3,4 % über dem Vorjahreswert, während sich real, d. h. unter Ausschaltung der Preissteigerung, eine Zunahme um 2,1 % ergab. Es handelt sich bei diesen Zahlen um Ergebnisse einer zweiten, auf breiterer Datenbasis stehenden Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder". Damit wurden die Ergebnisse der im Februar publizierten ersten vorläufigen Berechnung, die für NRW ein reales Wachstum um 2,0 % ausgewiesen hatten, leicht nach oben korrigiert.

Mit dieser Berechnung können nunmehr auch Angaben zur Wertschöpfung, also der Wirtschaftsleistung, der Wirtschaftsbereiche vorgelegt werden. Wie die Tabelle zeigt, wurde das Wirtschaftswachstum in NRW maßgeblich von den Dienstleistungsunternehmen bestimmt, die ein reales Plus von 4,5 % verzeichneten. Aber auch der Handel und Verkehr sowie das Verarbeitende Gewerbe entwickelten sich bei jeweils +3,4 % realer Zunahme überdurchschnittlich.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung (BWS) 1998*) nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Nominal (in jeweiligen Preisen)		Real (in Preisen von 1991)	
	Mill. DM	Veränderung 1998 gegenüber 1997 %	Mill. DM	Veränderung 1998 gegenüber 1997 %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 326	–3,8	6 245	–2,2
Produzierendes Gewerbe	261 605	+3,5	243 856	+2,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	21 910	–1,6	23 616	–3,0
Verarbeitendes Gewerbe	207 467	+5,0	191 759	+3,4
Baugewerbe	32 228	–1,9	28 480	–1,5
Handel und Verkehr	125 201	+2,6	112 474	+3,4
Handel	86 343	+2,4	72 886	+2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	38 858	+3,1	39 589	+4,4
Dienstleistungsunternehmen	287 844	+4,8	241 981	+4,5
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	37 092	+3,1	36 845	+7,3
Wohnungsvermietung	75 978	+4,9	56 824	+2,8
sonstige Dienstleistungen	174 774	+5,2	148 313	+4,4
Staat, private Haushalte	105 982	+0,9	91 545	–0,1
Staat	79 894	+0,8	69 208	–0,2
private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	26 088	+1,1	22 337	+0
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	**785 958**	**+3,4**	**696 101**	**+2,8**
unterstellte Bankdienstleistungen	32 551	+2,0	38 709	+8,6
Einfuhrabgaben	8 547	–4,7	7 754	–4,7
nichtabziehbare Umsatzsteuer	64 924	+3,6	52 058	–1,4
Bruttoinlandsprodukt	**826 878**	**+3,4**	**717 204**	**+2,1**

*) 2. Fortschreibung (Schätzungen des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder")

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 1999

Die Auftragseingänge im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbe waren im Februar 1999 preisbereinigt um 3 % niedriger als im Februar 1998. Dabei stiegen die Aufträge aus dem Ausland um 1 %, während die Inlandsbestellungen um 5 % zurückgingen.

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 1999 im Vergleich zum Februar 1998

Produzenten von ...	Insgesamt	Inland	Ausland
	%		
Vorleistungsgütern	–8	– 8	– 6
Investitionsgütern	+6	+ 3	+11
Gebrauchsgütern	–9	–10	– 7
Verbrauchsgütern	–3	– 4	– 1
Insgesamt	**–3**	**– 5**	**+ 1**

Von der allgemein festzustellenden Nachfrageschwäche war lediglich der Investitionsgütersektor ausgenommen. Steigende Auftragseingänge sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland konnten hier insbesondere die Bereiche „Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen" und „Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik" verbuchen. Insgesamt stiegen im Investitionsgütersektor die Bestellungen um 6 % an, wobei die Inlandsaufträge um 3 % und die Auslandsaufträge um 11 % zunahmen.

Umsätze im Einzelhandel im Januar 1999

Die nordrhein-westfälischen Einzelhändler setzten im Januar 1999 nominal 0,2 % weniger um als im entsprechenden Vorjahresmonat. Real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, lagen die Umsätze um 0,5 % unter dem Ergebnis von Januar 1998.

In den einzelnen Bereichen des Einzelhandels war die Entwicklung im Januar recht unterschiedlich: Zweistellige nominale Umsatzzuwächse verbuchten der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten (+16,7 %) und der Versandhandel (+14,7 %); auch Apotheken (+5,2 %), der Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln (+3,9 %) und der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (+2,7 %) konnten höhere Umsätze als vor einem Jahr erzielen. Zweistellige Umsatzeinbußen ermittelten die Statistiker dagegen für den Facheinzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild (–28,3 %) und den „sonstigen Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen" (–13,7 %). Auch im Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk-, TV-Geräten, usw. (–6,9 %), mit Getränken (–6,6 %) und mit Bekleidung (–6,5 %) lagen die Umsätze unter dem Ergebnis von Januar 1998.

Umsätze im Großhandel im Jahre 1998

Die nordrhein-westfälischen Großhändler erzielten 1998 nominal nahezu das gleiche Umsatzvolumen wie ein Jahr zuvor. Dies entspricht real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, einer Zunahme um 1,8 %.

Wirtschaftszweig	Veränderung von Beschäftigung und Umsatz im Großhandel 1998 gegenüber 1997 %	
	Beschäftigte	Umsatz (nominal)
Kfz-Handel; Tankstellen	–0,2	+11,2
Landwirtschaftliche Grundstoffe, lebende Tiere	+1,9	– 8,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	–6,7	+ 0,6
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	–0,7	+ 3,6
Rohstoffe, Halbwaren, Altmaterialien, Reststoffe	+1,1	– 6,8
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+2,5	+ 8,1
Großhandel insgesamt	**+0,6**	**+ 0**

Die Zahl der Beschäftigten im Großhandel stieg um 0,6 %, wobei die Zunahme bei den Teilzeitbeschäftigten (+1,9 %) höher ausfiel als bei den Vollzeitkräften (+0,3 %).

Arbeitskämpfe 1998

Durch Streiks in Nordrhein-Westfalen fielen im letzten Jahr rund 3 000 Arbeitstage aus (berechnet aus der Zahl der Streikenden und der jeweils verlorenen Arbeitszeit). Dies ist weit weniger als 1997 (9 500 Ausfalltage) – noch weniger Ausfälle wurden letztmalig 1988 (2 600 Arbeitstage) registriert. Auch die Zahl der an den Streiks beteiligten Arbeitnehmer war mit knapp 950 Personen wesentlich geringer als im Vorjahr (2 700 Streikende); bestreikt wurden lediglich sieben Betriebe. Rein rechnerisch ergibt sich für 1998 eine durchschnittliche Streikdauer je Teilnehmer von 3,2 Tagen, 1997 waren es noch 3,5 Tage gewesen.

Berücksichtigt haben die Statistiker in diesen Zahlen – die auf Unterlagen der Arbeitsverwaltung beruhen – nur solche Streiks, an denen mindestens zehn Arbeitnehmer eines Betriebes einen Tag lang beteiligt waren oder die in einem Betrieb einen Verlust von wenigstens 100 Arbeitstagen verursachten.

Baupreisindizes für Wohngebäude und Straßenbau im Februar 1999

Der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) in Nordrhein-Westfalen war im Februar 1999 mit 102,6 Punkten (Basis 1995 = 100) um 1,4 % höher als ein Jahr zuvor. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes dürfte ab April '98 wesentlich zu der Preissteigerung beigetragen haben. Ausbauarbeiten verteuerten sich um 1,8 % und Rohbauarbeiten um 1,0 %.

Stärker als der Wohnungsbau verteuerte sich der Straßenbau. Hier war der Preisindex im Februar 1999 mit 102,1 Punkten (Basis 1995 = 100) um 2,0 % höher als vor Jahresfrist.

Baupreisindizes im Februar 1999 (Basis 1995 = 100)

Preisindex für ...	Indexstand im Februar 1999	Veränderung in Prozent		
		Februar 1998 gegenüber Februar 1997	Februar 1999 gegenüber Februar 1998	Februar 1999 gegenüber November 1998
Wohngebäude				
Bauleistungen am Bauwerk	102,6	+0,4	+1,4	–
Rohbauarbeiten	100,4	–0,2	+1,0	–0,1
Ausbauarbeiten	104,8	+0,9	+1,8	+0,2
ausgewählte Gebäudetypen (Bauleistungen am Bauwerk)				
Ein- und Zweifamilienhäuser	102,6	+0,4	+1,4	–
Mehrfamilienhäuser	102,6	+0,3	+1,5	+0,1
Gemischtgenutzte Gebäude	102,6	+0,3	+1,5	+0,1
Bürogebäude	102,8	+0,4	+1,5	–0,1
Gewerbl. Betriebsgebäude	102,8	+0,4	+1,2	–0,2
Instandhaltung				
Schönheitsreparaturen in Wohnungen	104,5	+1,0	+1,6	+0,2
Straßenbau				
Straßenbau	102,1	+0,9	+2,0	+0,4

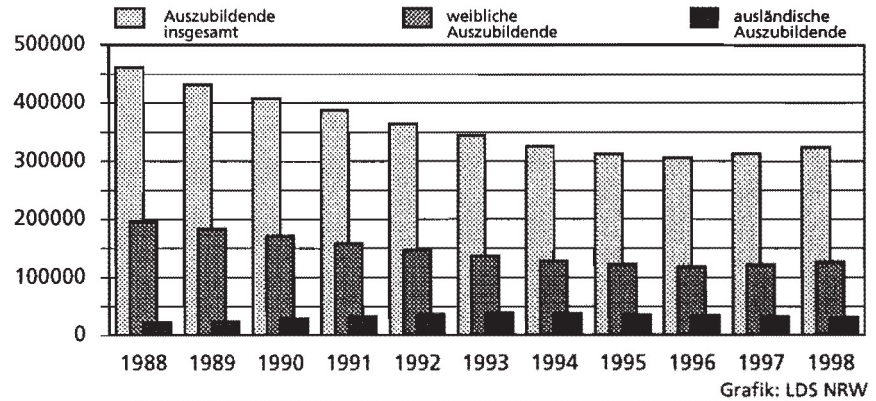
Auszubildende am 31. Dezember 1998

Die Zahl der Auszubildenden in Nordrhein-Westfalen hat sich nach dem Tiefstand von 1996 weiter erhöht und erreichte Ende 1998 mit rund 323 500 wieder das Niveau von 1994. Anhand vorläufiger Ergebnisse war die Zahl der Auszubildenden damit um fast 11 000 oder 3,5 % höher als ein Jahr zuvor.

Der Anteil der weiblichen Auszubildenden hat im vergangenen Jahr leicht auf 39,2 % zugenommen, wobei die Spannweite von 19,6 % (im Handwerk) bis 95,1 % (im Bereich der freien Berufe) reicht. 1988 hatte der Frauenanteil insgesamt noch bei 42,5 % gelegen; seither war er bis auf 38,8 % (1996) zurückgegangen.

Fast jede(r) elfte Auszubildende in NRW (9,5 % oder 18 600) besaß 1998 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Auszubildenden hat sich damit im vierten Jahr hintereinander (1994: 11,5 %; 1995: 11,4 %; 1996: 11,2 %; 1997: 10,3 %) verringert, ist aber immer noch doppelt so hoch wie 1988. Überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile waren im Bereich der freien Berufe (12,5 %) und im Handwerk (9,9 %) zu verzeichnen.

Auszubildende in Nordrhein-Westfalen
jeweils am 31. 12 des Jahres



Grafik: LDS NRW

Diplom-Politologin Sylvia Zühlke

Europawahl 1999
Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik

Am 13. Juni 1999 wurde zum fünften Mal das Europäische Parlament gewählt. Zu den Wahlgewinnern zählt eindeutig die CDU, die im Vergleich zur Europawahl 1994 einen Stimmenzuwachs von 9 Prozentpunkten zu verzeichnen hat. Demgegenüber ist der Stimmenanteil der anderen Parteien gesunken, und zwar bei der SPD um 2, bei den Grünen um 4, bei der F.D.P. um 1 und bei den sonstigen Parteien um 2 Prozentpunkte. Im besonderen Maße ist es der CDU gelungen, die Jungwähler für sich zu gewinnen – ihr Stimmenzuwachs beträgt hier 17 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu haben die Grünen, die in den vorangegangenen Wahlen überdurchschnittlich häufig von den jungen Erwachsenen gewählt wurden, in dieser Gruppe große Verluste, und zwar in Höhe von 12 Prozentpunkten zu verzeichnen. Bei der SPD, der F.D.P. und den sonstigen Parteien fallen die Verluste bei den Jungwählern mit 2, 1 und 3 Prozentpunkten deutlich niedriger aus. Die Wahlergebnisse sind vor dem Hintergrund einer niedrigen und selektiven Wahlbeteiligung zu beurteilen. So war beispielsweise eher dort eine geringe Wahlbeteiligung zu beobachten, wo die SPD bei der vorangegangenen Europawahl einen hohen Stimmenanteil gewonnen hat. Unklar ist somit, ob die Wahlergebnisse eine längerfristige Trendwende – insbesondere bei den Jungwählern – anzeigen oder nur eine zeitlich eng umgrenzte Stimmungslage widerspiegeln.

Wahlen sind nicht nur ein Gradmesser für das tagespolitische Geschehen, sondern geben auch Auskunft über die Legitimation des politischen Systems und die Akzeptanz der Parteien. In diesem Zusammenhang wird häufig die geringe Wahlbeteiligung der jüngeren Wählerinnen und Wähler und ihre Neigung, eher nicht-etablierte Parteien zu wählen, problematisiert (Gille u. a. 1996: 14ff.). Meist wird diese Entwicklung als ein Problem betrachtet, dessen Ursache bei den jungen Erwachsenen selbst zu suchen ist. Ausgeblendet wird dabei, dass das Wahlverhalten durch die politische Sozialisation der Jugendlichen in der Schule, in der Freizeit und im Elternhaus beeinflusst wird und somit Zusammenhänge zwischen dem Wahlverhalten älterer und jüngerer Wählerinnen und Wähler bestehen dürften. Diese Sichtweise wird im Folgenden aufgegriffen und es werden mit Hilfe der Angaben aus der repräsentativen Wahlstatistik Analysen über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Der Beitrag beginnt mit einer kurzen Beschreibung der Wahl zum Europäischen Parlament sowie der Datenbasis. Sodann werden die empirischen Ergebnisse zur Wahlbeteiligung, Stimmabgabe und Zusammensetzung der Wählerschaft einzelner Parteien vorgestellt.

Die Wahl zum Europäischen Parlament in Deutschland

Das Europäische Parlament setzt sich aus 626 Abgeordneten zusammen, von denen 99 in Deutschland gewählt werden. Das Wahlverfahren ist nicht in allen europäischen Staaten gleich, sondern orientiert sich an den jeweils geltenden nationalen Regelungen. Obwohl sich das Europäische Parlament bereits seit mehreren Jahren um ein einheitliches Wahlverfahren bemüht, ist es bislang noch nicht gelungen, eine Regelung zu finden, der alle Länder zustimmen[1]. Festgelegt wurden im sogenannten Direktwahlakt von 1976 lediglich einige Gemeinsamkeiten, die sich auf das Wahldatum, die Mandatsdauer, Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern und Mandatsprüfungen beziehen.

In Deutschland bestimmt sich das Wahlverfahren nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes (EuWG) und der Europawahlordnung (EuWO), die wiederum Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz (BWG) enthalten. Wahlberechtigt sind danach alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik oder einem der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich dort aufhalten[2]. Darüber hinaus haben alle in Deutschland wohnhaften Unionsbürger das aktive Wahlrecht, sofern sie die bereits genannten Alters- und Aufenthaltsbedingungen erfüllen. Wählbar ist, wer am Wahltage seit mindestens einem Jahr Deutscher ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Unionsbürger im Alter von 18 und mehr Jahren haben dann das passive Wahlrecht, wenn sie seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates besitzen.

Die Wahl der 99 Abgeordneten erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht. Im Gegensatz zur Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der sie die Landes- oder Bundesliste einer Partei oder einer politischen Vereinigung wählen können.

1) Dies ist vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Wahlverfahren verständlich. Zu den Wahlverfahren in den einzelnen Staaten der Europäischen Union siehe Herbertz (1999).
2) Für Deutsche, die sich in anderen Staaten aufhalten, gelten besondere Bedingungen.

Nur wenn eine Partei oder eine politische Vereinigung mindestens 5 % der Stimmen erhält, kann sie Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden.

Da das Europäische Parlament die einzige direkt legitimierte europäische Institution ist, wird ihm häufig eine wichtige Rolle für die europäische Integration zugeschrieben. Diese Funktion kann das Europäische Parlament jedoch nur eingeschränkt wahrnehmen, da seine Stellung im Vergleich zu nationalen Parlamenten relativ schwach ist (siehe beispielsweise Dauses/Fugmann 1995). Der begrenzte Einfluss hängt insbesondere mit dem Fehlen einer europäischen Regierung zusammen, die vom Parlament eingesetzt und kontrolliert wird. Gestaltet wird die Europapolitik im Wesentlichen von der Europäischen Kommission, die das Recht besitzt, dem Ministerrat Gesetzesinitiativen zur Verabschiedung vorzulegen. Im Zuge der letzten Revisionen der Europäischen Verträge erfuhr das Parlament insofern eine Aufwertung, als seine Rechte nach und nach erweitert wurden. So ist beispielsweise das im Maastrichter Vertrag geschaffene Mitentscheidungsverfahren durch den Amsterdamer Vertrag, der am 1. Mai 1999 in Kraft getreten ist, auf viele Politikfelder wie die Beschäftigungs-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik ausgedehnt worden (siehe Müller-Brandeck-Bocquet 1997).

Die repräsentative Wahlstatistik

Die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik wird durch das Wahlstatistikgesetz (WStatG) geregelt, das die Erhebung der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe nach Geschlecht und Geburtsjahresgruppen ermöglicht. Darüber hinaus werden die ungültigen Stimmen nach Geschlecht und nach dem Grund für die ungültige Stimmabgabe erfasst. Die Informationen über das Geschlecht und die Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler/-innen stammen aus den Wählerverzeichnissen und werden von den Gemeinden ermittelt. Für die Auszählung der Stimmabgabe nach dem Geschlecht und der Altersgruppe werden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Aufdruck versehen sind, der die Unterscheidung von Männern und Frauen sowie unterschiedlicher Altersgruppen erlaubt.

Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nach § 51 Abs. 2 BWG nur dann zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler/-innen dadurch nicht erkennbar wird. Um eine Verletzung des Wahlgeheimnisses zu verhindern, darf die repräsentative Wahlstatistik nur in solchen Wahlbezirken durchgeführt werden, die mehr als 400 Wahlberechtigte aufweisen. Zudem dürfen die Altersgruppen nicht beliebig klein sein, sondern müssen bei den Wahlberechtigten mindestens drei und bei den Wähler(inne)n mindestens sieben Geburtsjahrgänge umfassen. Darüber hinaus dürfen die gekennzeichneten Stimmzettel nicht mit den Wählerverzeichnissen zusammengeführt werden.

Für die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik in Nordrhein-Westfalen wurden 567 Wahlbezirke (4 %) ausgewählt, von denen 558 (98,4 %) in die Analyse einbezogen werden können. Die Auswahlmethode wurde im Statistischen Bundesamt entwickelt und dort für alle Länder nach einheitlichen Grundregeln, jedoch mit landesspezifischen Modifizierungen eingesetzt. Für die Stichprobe in Nordrhein-Westfalen wurden die Wahlbezirke nach der Anzahl der Wahlberechtigten sowie der Stimmenanteile der SPD, der CDU, der Grünen und der F.D.P sortiert. Nach der Größenordnung dieser Merkmale wurden Schichten mit 25 Wahlbezirken gebildet, in denen jeweils einer nach dem Zufallsprinzip gezogen wurde.

Bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung werden Wahlberechtigte mit und ohne Wahlscheinvermerk unterschieden. Der ersten Gruppe wurden bereits vor der Wahl Unterlagen übergeben, die zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal der Gemeinde oder zur Briefwahl berechtigen. Die Stimmzettel, die vor der Wahl ausgegeben werden, sind nicht mit einem Unterscheidungsdruck der repräsentativen Wahlstatistik versehen. Wenn ein Wahlberechtigter mit diesen Unterlagen in einem Wahllokal seine Stimme abgibt, wird ihm daher ein gekennzeichneter Stimmzettel ausgehändigt. Sofern er die Unterlagen jedoch für die Briefwahl nutzt, kann er aufgrund des fehlenden Unterscheidungsaufdrucks nicht in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen werden. Es ist bekannt, dass sich die Briefwähler hinsichtlich der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe von den Urnenwählern unterscheiden. Die untenstehende Tabelle zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei den Briefwählern mit 91,1 % deutlich höher liegt als bei den Urnenwählern mit 39,9 %. Zusätzlich fällt das Briefwahlergebnis für die SPD

Europawahlergebnisse 1999 der repräsentativen Wahlstatistik im Vergleich zum amtlichen Endergebnis

Merkmal		Amtliches Endergebnis			Repräsentative Wahlstatistik
		Briefwähler	Urnenwähler	insgesamt	
Wahlbeteiligung	%	91,1	39,9	43,8	39,8
Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
SPD	%	32,4	38,3	37,3	38,3
CDU	%	50,9	46,6	47,3	46,7
GRÜNE	%	6,6	7,3	7,1	7,1
F.D.P.	%	4,5	3,3	3,5	3,2
Sonstige	%	5,5	4,6	4,8	4,7

ungünstiger aus als das der Urnenwahl (32,4 % gegenüber 38,3 %), während sich bei der CDU der Sachverhalt umgekehrt darstellt (50,9 % gegenüber 46,6 %). Die fehlende Berücksichtigung der Briefwähler hat daher zur Folge, dass in der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung sowie der Stimmenanteil für die CDU im Vergleich zum Gesamtwahlergebnis etwas unterschätzt wird.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik wurden für die deskriptiven Auswertungen auf der Ebene des Landes Nordrhein-Westfalen hochgerechnet. Da die repräsentative Wahlstatistik keine Briefwähler erfasst, wird die Wahlbeteiligung gebunden an die Zahl der Wahlberechtigten ohne Wahlscheinvermerk und die Stimmabgabe gebunden an die Zahl der gültigen Stimmen aus der Urnenwahl hochgerechnet. Aufgrund des bei Stichproben auftretenden Zufallsfehlers stellen die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nur Näherungswerte dar. Auf einen Nachweis von Nachkommastellen wurde aus diesem Grund verzichtet.

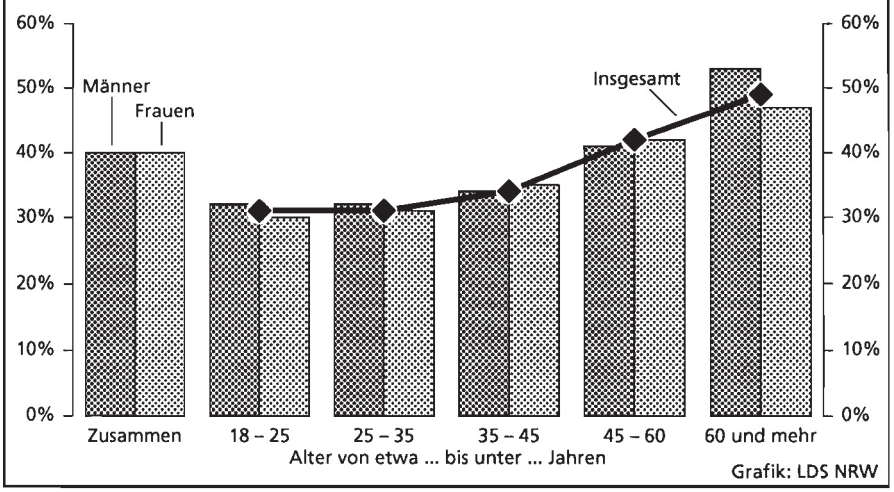
Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Die Wahlbeteiligung war bei der Europawahl 1999 sehr niedrig und betrug laut repräsentativer Wahlstatistik nur 40 %. Während sich die Höhe der Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen nicht unterscheidet, variiert sie deutlich in den einzelnen Altersgruppen[3]. Überdurchschnittlich häufig haben sich mit 49 % die über 60-Jährigen an der Wahl beteiligt. Hingegen weisen die 18- bis 25-Jährigen sowie die 25- bis 35-Jährigen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung von nur 31 % auf. Eine mittlere Position nehmen die 35- bis 45- bzw. die 45- bis 60-Jährigen ein, bei denen die Wahlbeteiligung bei 34 % bzw. 42 % liegt. Vergleicht man die Höhe der Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen, so fällt auf, dass sich die Männer der ältesten Gruppe etwas häufiger an der Wahl beteiligen als die gleichaltrigen Frauen.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Europawahlen hat die Wahlbeteiligung deutlich abgenommen. Während sich im Jahr 1979 noch etwa 65 % aller Wahlberechtigten an der Wahl beteiligten, betrug dieser Anteil im Jahr 1999 nur noch 40 %. Bislang wurde die geringe Wahlbeteiligung bei Europawahlen häufig mit der schwachen Stellung des Europäischen Parlamentes erklärt. Angesichts der Tatsache, dass die Befugnisse des Europäischen Parlamentes in den letzten Jahren zugenommen haben, scheint dieses Argument jedoch allein nicht geeignet zu sein, die geringe – und sogar deutlich ge-

3) Bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung wurden ursprünglich 10 Altersgruppen unterschieden, die der Übersicht halber zu fünf Gruppen zusammengefasst wurden.

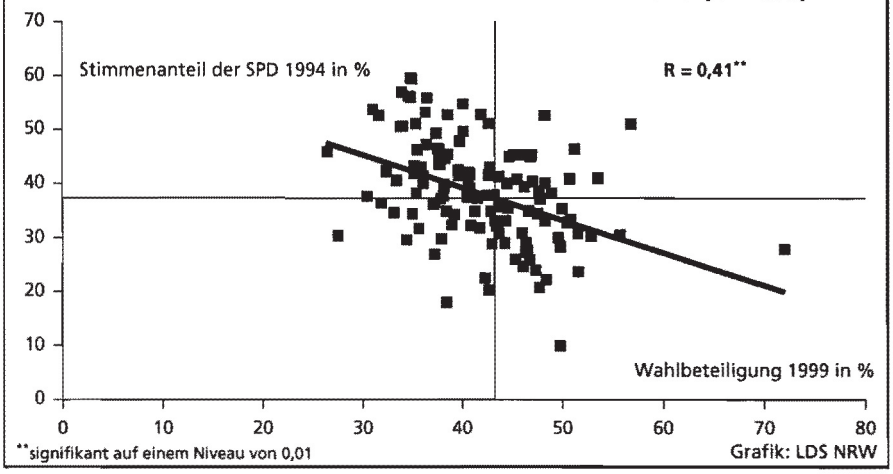
Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen im Jahr 1999



Grafik: LDS NRW

sunkene – Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl zu deuten. Eine alternative Erklärung bezieht sich auf die innenpolitische Ausrichtung des Wahlkampfes, in dem die Europawahl von den Medien und von den Parteien in erster Linie als Abstimmung über die seit acht Monaten amtierende rot-grüne Koalition dargestellt wurde. Dementsprechend wird die geringe Wahlbeteiligung darauf zurückgeführt, dass insbesondere traditionelle SPD-Wählerinnen und -Wähler ihre Stimme bei dieser Wahl nicht abgegeben haben, um so ihren Unmut über die Regierungskoalition auszudrücken. Folglich müsste dort die Wahlbeteiligung besonders niedrig sein, wo die SPD üblicherweise einen hohen Anteil an Wählerstimmen erhält. Auskunft über diesen Zusammenhang gibt die folgende Graphik, die den Stimmenanteil der SPD bei der Europawahl 1994 zu der Höhe der Wahlbeteiligung im Jahr 1999 in Beziehung setzt[4]. Es ist zu erkennen, dass die Wahlbeteiligung im Jahr 1999 tendenziell in solchen Gemeinden geringer war, in denen die SPD 1994 einen hohen Anteil der abgegebenen Stimmen gewonnen hat. Aufschluss über die Stärke des dargestellten Zusammenhangs gibt der ausgewiesene Korrelationskoeffizient (Pearson's R), der –0,41 beträgt und im statistischen Sinne signifikant ist.

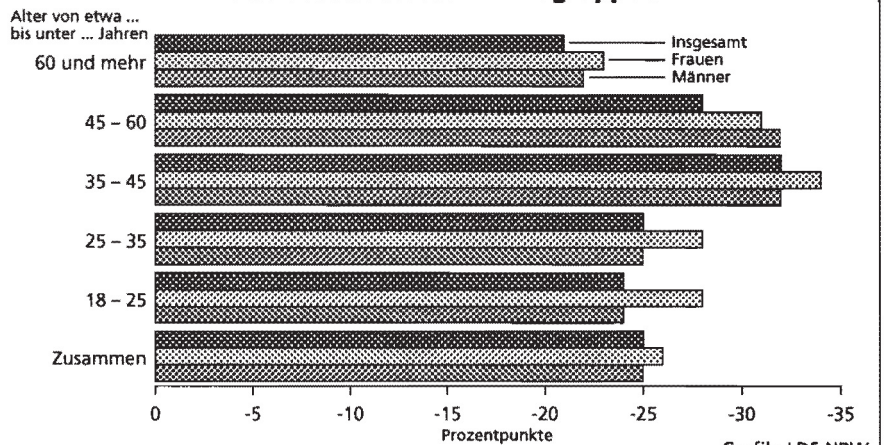
Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung 1999 und dem Stimmenanteil der SPD 1994 auf Gemeindeebene (n = 130)



**signifikant auf einem Niveau von 0,01

Grafik: LDS NRW

Abnahme der Wahlbeteiligung von 1979 auf 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen



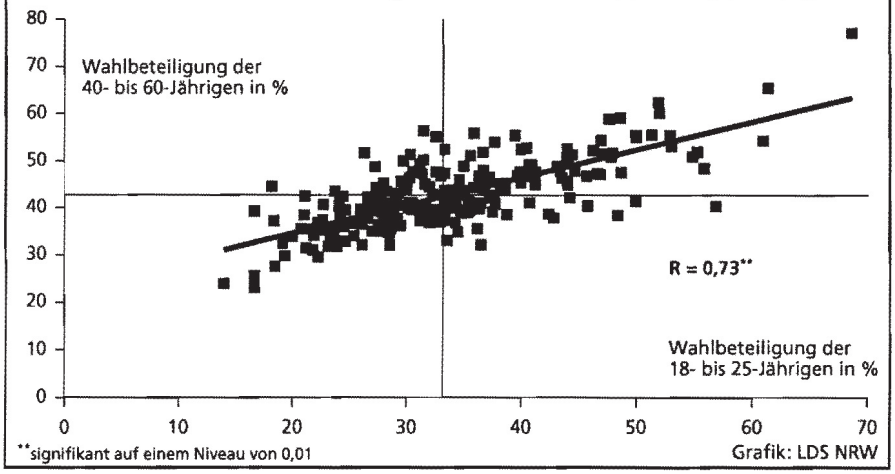
Grafik: LDS NRW

Die Wahlbeteiligung ist zwischen 1979 und 1999 nicht in allen Altersgruppen gleichermaßen gesunken. Überdurchschnittlich stark hat die Wahlbeteiligung mit 32 bzw. 28 Prozentpunkten bei den mittleren Jahrgängen (35 bis 45 bzw. 45 bis 60 Jahre) abgenommen, während der entsprechende Wert für die älteste Gruppe nur 21 Prozentpunkte beträgt. Eine mittlere Position nehmen die beiden jüngeren Altersgruppen ein, bei denen die Wahlbeteiligung um 24 bzw. 25 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Festzustellen ist die überdurchschnittliche Abnahme der Wahlbeteiligung in den mittleren Altersgruppen sowohl für die Männer als auch für die Frauen. Dieses Ergebnis überrascht, denn meistens wird im Zusammenhang mit der sinkenden Wahlbeteiligung insbesondere das Verhalten der jüngeren Wählerinnen und Wähler thematisiert. Ein Problem für die Entwicklung der politischen Partizipation könnte aber gerade in der überdurchschnittlichen Abnahme der Wahlbeteiligung in den mittleren Altersgruppen liegen, da diese beispielsweise als Eltern oder als Lehrer für die politische Sozialisation der Jugendlichen verantwortlich sind.

4) Diese Betrachtung ist nur für solche Gemeinden möglich, die sowohl bei der Europawahl 1994 als auch bei der Europawahl 1999 in die Repräsentative Wahlstatistik einbezogen waren.

Nimmt man an, dass die politische Sozialisation u. a. durch Eltern und Lehrer erfolgt, müßte die Wahlbeteiligung der mittleren Altersgruppen mit derjenigen der jüngeren Altersgruppen korrelieren. Diese Vermutung wird im Folgenden auf der Ebene der Gemeinden überprüft, indem die Wahlbeteiligung der jüngsten Altersgruppe (18 – 25 Jahre) zur Wahlbeteiligung der als politische Sozialisatoren in Frage kommenden Altersgruppen (40 – 60 Jahre) in Beziehung gesetzt wird. Aus der untenstehenden Graphik ist ersichtlich, dass die Höhe der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wahlberechtigter sehr eng zusammenhängt: Gemeinden mit einer hohen Wahlbeteiligung der älteren Gruppe weisen eine hohe Wahlbeteiligung bei der jüngeren Altersgruppe auf und umgekehrt beteiligt sich die jüngere Gruppe dort nicht so häufig an der Wahl, wo die ältere Gruppe seltener zur Wahl geht. Der enge Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Personen wird durch den sehr hohen und statistisch signifikanten Korrelationskoeffizienten (Pearson's R) von 0,73 bestätigt.

Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wahlberechtigter auf Gemeindeebene (n = 234)



**signifikant auf einem Niveau von 0,01

Grafik: LDS NRW

Die Abhängigkeit der Wahlbeteiligung von der Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe hat sich bereits bei früheren Wahlen gezeigt (siehe beispielsweise Hin/Siedt 1994). Diese Beobachtung wird häufig dahingehend zusammengefasst, dass die Wahlbeteiligung mit dem Alter der Wahlberechtigten ansteigt. Eine solche Aussage ist jedoch mehrdeutig. Empirisch stützt sie sich auf Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt unterschiedlichen Altersgruppen angehören und beschreibt somit Unterschiede zwischen Geburtskohorten. Die Aussage legt aber gleichzeitig die Vermutung nahe, dass die Wahlbeteiligung mit dem individuellen Lebensalter ansteigt und die in den Altersgruppen variierende Wahlbeteiligung somit Unterschiede zwischen einzelnen Lebensabschnitten reflektiert[5]. Beide Aspekte, Unterschiede zwischen Geburtskohorten auf der einen Seite und Lebensabschnitten auf der anderen Seite, werden häufig nicht ausreichend differenziert. Sie sollten jedoch voneinander getrennt werden, da sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen über die Entwicklung der politischen Partizipation führen können: Eine über die Geburtskohorten abnehmende Wahlbeteiligung hat zur Folge, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung langfristig weiter sinkt, da die älteren Personen, die eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen, sterben werden. Hingegen hätte eine mit dem individuellen Lebensalter zunehmende Wahlbeteiligung zur Folge, dass die Wahlbeteiligung insgesamt nicht weiter sinkt, da die jüngeren Personen älter werden, und mit zunehmenden Alter ihre Wahlbeteiligung steigt.

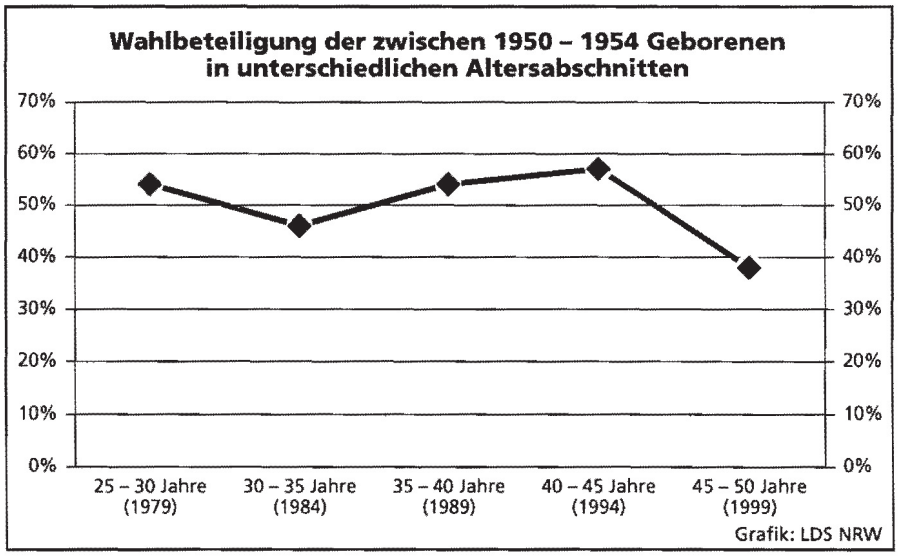
Auf der Basis der repräsentativen Wahlstatistik kann die Entwicklung der Wahlbeteiligung im Lebensverlauf nicht direkt abgebildet werden, da keine Längsschnittinformationen auf der Ebene von Personen vorliegen. Eine Möglichkeit, zumindest indirekt Aufschluss über diese Frage zu erhalten, besteht darin, die Höhe der Wahlbeteiligung einer Geburtskohorte in den unterschiedlichen Wahljahren – und damit in unterschiedlichen Altersabschnitten – zu betrachten[6]. Diesem Vorgehen entsprechend zeigt die folgende Graphik für die

5) In der Lebensverlaufsforschung werden in diesem Zusammenhang Kohorten- und Altersefekte unterschieden (siehe Mayer/Huinink 1990). Mit Kohorteneffekten ist die anhaltende Prägung gemeint, die eine Kohorte durch ihre Situierung in der Geschichte erfährt. Der Altersefekt bezeichnet hingegen den Umstand, dass sich die Lebenschancen und Verhaltensweisen der Individuen mit dem Alter durch Reifungsprozesse u. Ä. verändern.

6) Es handelt sich hierbei nur um eine indirekte Prüfung der Vermutung, dass die Wahlbeteiligung mit dem individuellen Lebensalter ansteigt. Gegen dieses Vorgehen kann eingewandt werden, dass sich der Anteil der Wähler in jedem Wahljahr aus einer unterschiedlichen Population von Individuen zusammensetzt und somit bei gleichbleibender Höhe der Wahlbeteiligung von einer wechselnden individuellen Wahlbeteiligung auszugehen wäre.

Geburtskohorten 1950 bis 1954 die Höhe der Wahlbeteiligung im Alter von 25 bis 30 Jahren (Wahljahr 1979), 30 bis 35 Jahren (Wahljahr 1984), 35 bis 40 Jahren (Wahljahr 1989), 40 bis 45 Jahren (Wahljahr 1994) und 45 bis 50 Jahren (Wahljahr 1999)[7].

Die Graphik zeigt, dass die Wahlbeteiligung in den ersten vier Altersabschnitten lediglich zwischen 46 % und 57 % schwankt. Dies würde zunächst die Schlussfolgerung nahelegen, dass die Bereitschaft, wählen zu gehen, nur in geringem Ausmaß mit dem Lebensalter variiert. Hiervon weicht allerdings der letzte Altersabschnitt (45 bis 50 Jahre) deutlich ab, der sich im Vergleich zu den früheren Altersabschnitten durch ein starkes Absinken der Wahlbeteiligung auf 38 % auszeichnet. Der Grund hierfür dürfte darin liegen, dass die Europawahl in den Medien vorrangig als Abstimmung über die rotgrüne Koalition dargestellt und als solche auch von den Wahlberechtigten betrachtet wurde (siehe oben). Dies hat sich offensichtlich auch in der Wahlbereitschaft solcher Personen niedergeschlagen, die bei den vorangegangenen Wahlen durchaus bereit waren, ihre Stimme abzugeben. Demnach hängt die Höhe der Wahlbeteiligung offensichtlich weniger von der Geburtsgruppenzugehörigkeit und dem Alter als von den konkreten politischen Diskursen ab[8].



Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Bei der Analyse der Stimmabgabe wird häufig vernachlässigt, dass die Wahlentscheidung ein zweistufiger Prozess ist, der die Entscheidung für die Beteiligung an der Wahl sowie die Stimmabgabe selbst umfasst. Die Analyse der Stimmabgabe ist insbesondere dann problematisch, wenn die Wahlbeteiligung – wie bei der letzten Europawahl – sehr niedrig ist. Die Ergebnisse zur Stimmabgabe sind dann sehr stark davon abhängig, welche Personengruppen überhaupt zur Wahl gegangen sind[9].

Nach der repräsentativen Wahlstatistik haben in Nordrhein-Westfalen 47 % der Wählerinnen und Wähler für die CDU votiert. Weiterhin entfielen 38 % der Stimmen auf die SPD, 7 % auf die Grünen, 3 % auf die F.D.P. und 5 % auf die sonstigen Parteien. Vergleicht man die Stimmabgabe der Männer und Frauen, ergeben sich nur geringfügige Unterschiede.

Deutliche Unterschiede sind hingegen bei einem Vergleich der Altersgruppen zu erkennen. Die SPD hat ihren höchsten Stimmenanteil (rund 40 %) bei den drei älteren Gruppen (35 bis 45, 45 bis 60 und über 60 Jahre) gewonnen. Deutlich darunter liegt ihr Anteil mit 31 % bzw. 34 % bei den beiden jüngeren Gruppen (18 bis 25 und 25 bis 35 Jahre). Die CDU weist hingegen sowohl bei den beiden älteren Altersgruppen (47 % bzw. 53 %) als auch bei den Jungwählern (46 %) sehr hohe Stimmenanteile auf, während die entsprechenden Werte bei den 25- bis 35-Jährigen sowie den 35- bis 45-Jährigen nur 42 % bzw. 38 % betragen. Die Altersgruppen unterscheiden sich außerdem deutlich in ihrer Präferenz für die kleineren Parteien (F.D.P., Grüne und sonstige Parteien). Während in den drei jüngeren Altersgruppen (18 bis 25, 25 bis 35 und 35

7) Diese Betrachtung kann nur für die genannte Geburtskohorte angestellt werden, da sie voraussetzt, dass der Abstand der Wahlen (5 Jahre) mit den gebildeten Altersklassen übereinstimmt. Da nur das Alter von 25 bis 50 Jahre in Abschnitten von fünf Jahren untergliedert wurde, ist die Betrachtung für die anderen Geburtsjahrgänge nicht möglich.

8) Solche Einflüsse werden in der Lebensverlaufsforschung unter dem Begriff der Periodeneffekte diskutiert. Es handelt sich dabei um die aktuell vorfindbaren gesellschaftlichen Bedingungen, die alle Kohorten gleichermassen beeinflussen (Mayer/Huinink 1990).

9) Sofern Wahlanalysen auf der Basis von Individualdaten durchgeführt werden, können solche Prozesse mit Hilfe von Selektivitätsanalysen abgebildet werden (für einen Überblick siehe Winship/Mare 1992). In einem ersten Schritt wird dabei die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung geschätzt, und in einem zweiten Schritt geht diese Wahrscheinlichkeit als unabhängige Variable in die Analyse der Stimmabgabe ein.

Wahlentscheidung bei der Europawahl 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler

Alter von etwa... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf				
	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
			Männer		
18 – 25	30	46	8	6	9
25 – 35	33	42	12	5	8
35 – 45	39	38	13	4	6
45 – 60	40	46	6	4	5
60 und mehr	40	52	1	3	4
Zusammen	38	46	7	4	5
			Frauen		
18 – 25	32	46	12	4	7
25 – 35	36	41	15	3	6
35 – 45	39	38	16	3	5
45 – 60	39	48	7	3	4
60 und mehr	40	54	2	2	2
Zusammen	39	47	7	3	4
			Männer und Frauen		
18 – 25	31	46	10	5	8
25 – 35	34	42	13	4	7
35 – 45	39	38	14	3	6
45 – 60	39	47	6	4	4
60 und mehr	40	53	1	2	3
Insgesamt	**38**	**47**	**7**	**3**	**5**

bis 40 Jahre) rund 23 % der Wählerstimmen auf die kleinen Parteien entfallen, beträgt dieser Anteil bei den 45- bis 60-Jährigen 14 % und bei den über 60-Jährigen nur 6 %. Auch wenn die Präferenz für die kleineren Parteien in den drei jüngeren Altersgruppen in etwa gleich stark ausgeprägt ist, unterscheiden sie sich doch bei der Wahl der Partei. Während in den mittleren Altersgruppen (25 bis 35 und 35 bis 45 Jahre) die Stimmen für die kleineren Parteien mehrheitlich auf die Grünen entfallen, haben in der jüngsten Altersgruppe die sonstigen Parteien eine fast ebenso große Bedeutung wie die Grünen. Vergleicht man für die Jungwähler das Wahlergebnis der Männer und der Frauen, so ist zu erkennen, dass der hohe Stimmenanteil für die sonstigen Parteien insbesondere auf die Männer zurückgeht.

Im Vergleich zu den Europawahlen im Jahr 1994 ist der Stimmenanteil der CDU um 9 Prozentpunkte gestiegen (siehe Tabelle auf S. 8). Alle anderen Parteien haben hingegen einen Stimmenverlust zu verzeichnen, und zwar die SPD von 2, die Grünen von 4, die F.D.P. von 1 und die sonstigen Parteien von 2 Prozentpunkt(en). Alle Parteien haben bei den männlichen und den weiblichen Wählern einen vergleichbar hohen Stimmenanteil gewonnen bzw. verloren. Während sich bei der F.D.P. und den sonstigen Parteien kaum altersspezifische Unterschiede bei den Stimmenverlusten zeigen, hat die SPD insbesondere bei den 25- bis 35-jährigen Wählerinnen und Wählern Stimmen verloren. Noch deutlicher ausgeprägte Unterschiede sind bei der CDU und den Grünen zu erkennen. Der Stimmenzuwachs der CDU ist um so grösser, je jünger die Wählerinnen und Wähler sind: Während die CDU in der jüngsten Gruppe einen Stimmenzuwachs von 17 Prozentpunkten zu verzeichnen hat, beträgt dieser Anteil bei den beiden ältesten Gruppen nur 7 Prozentpunkte. Nahezu umgekehrt verhält es sich bei den Grünen, deren Stimmenanteil in der jüngsten Altersgruppe am stärksten, und zwar um 12 Prozentpunkte, abgenommen hat. Der Stimmenzuwachs der CDU und der Stimmenverlust der Grünen gehen bei den Jungwählern stärker auf das Wahlverhalten der Frauen als auf das der Männer zurück. Während die CDU bei den jungen Frauen 19 Prozentpunkte dazugewonnen hat, beträgt dieser Wert bei den jungen Männern nur 16 Prozentpunkte. Gleichzeitig haben die Grünen bei den jungen Frauen deutlich mehr Stimmen verloren als bei den jungen Männern (13 gegenüber 10 Prozentpunkte).

Da häufig die Vermutung geäußert wird, dass unter den Jungwählern langfristig die Neigung zunehme, nicht-etablierte Parteien zu wählen (Gille u. a. 1996: 14ff.), überrascht der starke Stimmenzuwachs der CDU in dieser Altersgruppe. Zu den nicht-etablierten Parteien werden üblicherweise solche Parteien gezählt, denen es über einen längeren Zeitraum nicht gelingt, in den Bundestag oder in eines der Länderparlamente einzuziehen (Rowold/Immerfall 1992). Für den Zeitraum 1979 bis 1999 stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob und ab welchem Zeitpunkt, die Grünen zu den etablierten Parteien zu rechnen sind. An der ersten Europawahl im Jahr 1979 haben die Grünen noch nicht als Partei, sondern als politische Vereinigung teilgenommen; die Parteigründung erfolgte erst 1980. Bereits 1983 gelang es den

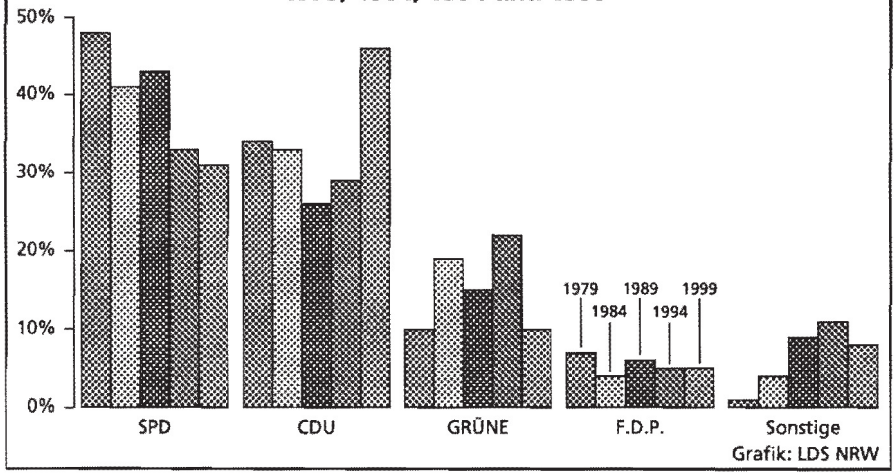
Stimmengewinne und -verluste der Parteien bei der Europawahl 1999 gegenüber der von 1994 nach Altersgruppen der Wählerinnen und Wähler

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Stimmengewinne und -verluste gegenüber der Europawahl 1994				
	S P D	C D U	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
	%-Punkte				
Männer					
18 – 25	–2	+16	–10	–	–4
25 – 35	–6	+15	– 7	+1	–3
35 – 45	–4	+10	– 3	–1	–2
45 – 60	–2	+ 7	–	–1	–3
60 und mehr	–2	+ 9	– 1	–1	–5
Zusammen	–2	+ 9	– 3	–1	–3
Frauen					
18 – 25	–3	+19	–13	–1	–1
25 – 35	–6	+16	– 8	–1	–1
35 – 45	–4	+ 9	– 3	–2	–1
45 – 60	–2	+ 7	– 1	–2	–2
60 und mehr	–1	+ 5	– 1	–1	–3
Zusammen	–1	+ 9	– 4	–2	–2
Männer und Frauen					
18 – 25	–2	+17	–12	–1	–3
25 – 35	–6	+16	– 8	–	–2
35 – 45	–4	+10	– 3	–1	–2
45 – 60	–2	+ 7	– 1	–2	–3
60 und mehr	–1	+ 7	– 1	–1	–4
Insgesamt	**–2**	**+ 9**	**– 4**	**–1**	**–2**

Grünen, in den Bundestag einzuziehen. In der Öffentlichkeit herrschte zu diesem Zeitpunkt die Meinung vor, dass dies ein einmaliges Ereignis sei und dass sich die Grünen langfristig nicht etablieren würden (Murphy/Roth 1987)[10]. Diese Einschätzung erwies sich aber als falsch – den Grünen gelang es auch bei den folgenden Bundestagswahlen, mehr als 5 % der Wählerstimmen zu gewinnen. Eine Ausnahme stellt die Bundestagswahl 1990 dar, bei der die westdeutschen Grünen nur 4,7 % der Wählerstimmen erhielten[11]. Die Etablierung der Grünen vollzieht sich somit über einen längeren Zeitraum, wobei ein genauer Zeitpunkt, zu dem dieser Prozess abgeschlossen ist, nicht ohne weiteres bestimmt werden kann.

Beurteilt man die Neigung der Jungwähler, nicht-etablierte Parteien zu wählen, lediglich am Anteil der Stimmen, der auf die sonstigen Parteien entfällt, so ist zwischen 1979 und 1994 ein deutlicher Anstieg von 1 % auf 11 % zu erkennen. Im Jahr 1999 hat sich dieser Trend nicht fortgesetzt – der Anteil der Stimmen für die sonstigen Parteien ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 3 Prozentpunkte gesunken. Berücksichtigt man für den gesamten Zeitraum zusätzlich die Stimmen für die Grünen, zeigt sich im zeitlichen Verlauf eine ähnliche Entwicklung, die von einem höheren Ausgangsniveau ausgeht. Zu einem anderen Ergebnis gelangt man jedoch, wenn die Grünen beispielsweise nur für die ersten beiden Wahlen als nicht-etablierte und für die drei darauffolgenden Wahlen als etablierte Partei gezählt werden. Dann ergibt sich für den Zeitraum 1979 bis 1984 ein steigender und für den folgenden Zeitraum ein sinkender Stimmenanteil für die nicht-etablierten Parteien. Die berichteten Ergebnisse zeigen sich sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Wähler (siehe folgende Tabel-

Stimmabgabe der 18- bis 25-jährigen Wähler in den Jahren 1979, 1984, 1994 und 1999



Grafik: LDS NRW

10) Zur Geschichte der Grünen vgl. auch Müller-Rommel (1992) und Stöss (1987).

11) Bei der Bundestagswahl 1990 gab es ein ost- und ein westdeutsches Wahlgebiet mit eigener Fünf-Prozent-Hürde. Während es den westdeutschen Grünen nicht gelang, mehr als 5 % der Wählerstimmen zu gewinnen, errang das ostdeutsche Bündnis 90 mit 6 % der Zweitstimmen 8 Sitze im Parlament. Durch die spätere Vereinigung beider Parteien waren die westdeutschen Grünen indirekt auch in dieser Legislaturperiode im Parlament vertreten.

Wahlentscheidung der Jungwähler bei den Europawahlen 1979, 1984, 1989, 1994 und 1999 nach Geschlecht

Jahr	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf				
	S P D	C D U	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige
			Männer		
1979	47	34	11	7	1
1984	39	34	20	4	4
1989	41	28	14	6	12
1994	32	30	18	5	14
1999	30	46	8	6	9
			Frauen		
1979	49	34	9	7	1
1984	42	32	19	3	4
1989	46	25	17	6	7
1994	35	27	25	5	8
1999	32	46	12	4	7

len). Die eingangs gestellte Frage ist somit nicht eindeutig zu beurteilen, da die Antwort in entscheidender Weise davon abhängt, ob und zu welchem Zeitpunkt die Etablierung der Grünen datiert wird.

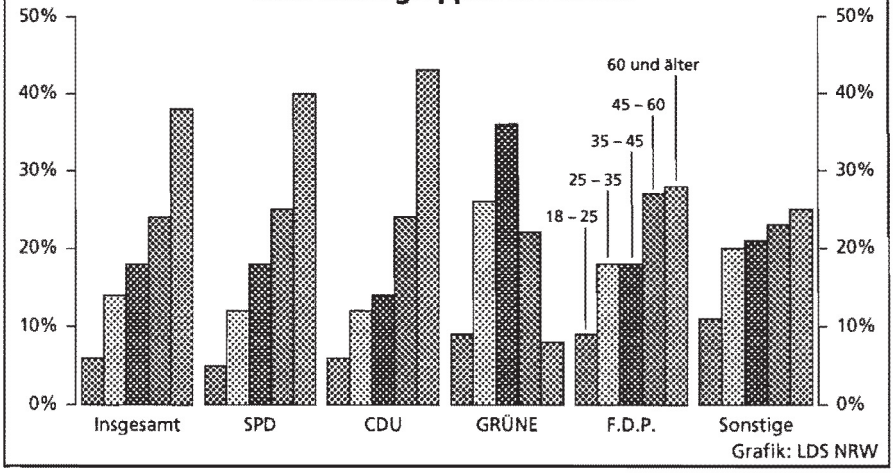
Die Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien

Im Folgenden wird die Perspektive gewechselt und es wird untersucht, wie sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen zusammensetzt. Die nebenstehende Graphik stellt zunächst dar, wie stark die einzelnen Altersgruppen innerhalb der Wählerschaft einer Partei vertreten sind. Es ist zu erkennen, dass die CDU trotz des starken Stimmenzuwachses bei den Jungwählern immer noch eine leichte Überalterung ihrer Wählerschaft aufweist. Dies zeigt sich an dem Anteil derjenigen Wählerinnen und Wähler, die 60 Jahre und älter sind. Dieser beträgt bei der CDU 43 % und liegt damit 5 % über dem Wert für die Wählerschaft aller Parteien. Unterdurchschnittlich sind in der CDU die Wählerinnen und Wähler der mittleren Altersgruppen (25 bis 35 und 35 bis 45 Jahre) repräsentiert. Die Altersstruktur der SPD ist mit derjenigen der CDU vergleichbar, wenn auch der Anteil der über 60-Jährigen etwas geringer und der Anteil der mittleren Altersgruppen etwas höher ist. Ein unterdurchschnittlicher Anteil an älteren Wählerinnen und Wählern ist mit 28 % bzw. 25 % bei der F.D.P. und den sonstigen Parteien zu erkennen. Dafür haben die Freien Demokraten einen höheren Wähleranteil bei den 25- bis 35- sowie den 45- bis 60-jährigen Wählerinnen und Wählern und die sonstigen Parteien bei den drei mittleren Altersgruppen. Kaum Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre weisen hingegen die Grünen auf. Die Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler stammt aus den drei mittleren Altersgruppen. Betrachtet man die Alterszusammensetzung der Wählerschaft für Männer und Frauen getrennt, so sind kaum Unterschiede zu erkennen(siehe Tabelle auf S. 10).

Überraschend ist, dass der Anteil der jüngsten Altersgruppe bei den Grünen nicht höher ist als bei den anderen Parteien, galten doch die Grünen lange Zeit als die Partei der Jungwähler. In dieser Hinsicht hat sich jedoch ein starker Wandel vollzogen, der aus der untenstehenden Grafik zu erkennen ist, welche die Entwicklung des Jungwähleranteils von 1979 bis 1999 für die einzelnen Parteien widergibt(siehe S. 10).

Im Jahr 1979 ist es den Grünen eindeutig gelungen, die jungen Wählerinnen und Wähler für sich zu ge-

Zusammensetzung der Wählerschaft einzelner Parteien nach Altersgruppen in Prozent

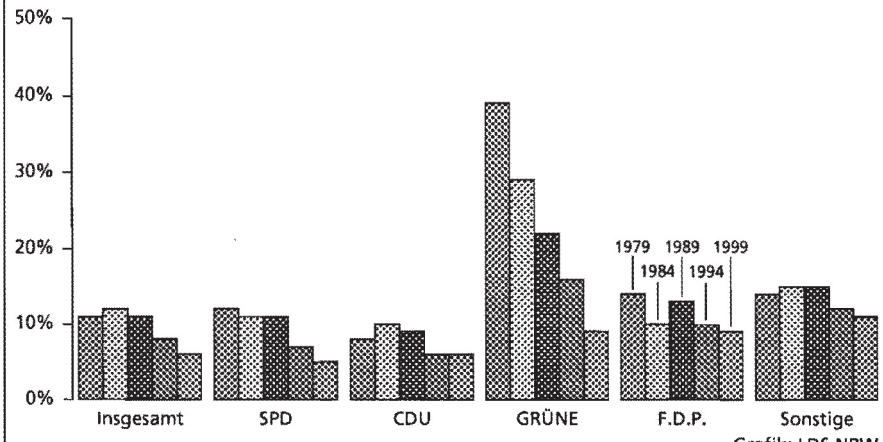


Grafik: LDS NRW

Die Zusammensetzung der Wählerschaft einzelner Parteien bei der Europawahl 1999 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wählerschaft (der)					
	SPD	CDU	GRÜNEN	F.D.P.	Sonstige Parteien	insgesamt
	%					
Männer						
18 – 25	5	7	8	10	12	7
25 – 35	13	14	26	21	20	15
35 – 45	19	15	36	19	21	19
45 – 60	26	25	23	26	22	25
60 und mehr	36	39	7	24	25	35
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Frauen						
18 – 25	5	5	9	8	10	6
25 – 35	12	11	26	15	19	13
35 – 45	17	14	37	17	21	17
45 – 60	24	24	21	28	24	24
60 und mehr	43	46	8	32	26	41
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Anteil der 18-bis 25-jährigen Wähler an allen Wählern einer Partei in den Jahren 1979, 1984, 1994 und 1999



Grafik: LDS NRW

Anteil der 18- bis 25-jährigen Wähler an allen Wählern einer Partei bei den Europawahlen 1979, 1984, 1989, 1994 und 1999 nach Geschlecht

Jahr	SPD	CDU	Grüne	FDP	Sonstige	Insgesamt
	%					
Männer						
1979	13	10	41	15	15	12
1984	13	12	30	12	17	14
1989	11	11	22	15	16	13
1994	7	8	15	11	13	9
1999	5	7	8	10	12	7
Frauen						
1979	11	7	37	13	13	10
1984	10	8	29	9	13	11
1989	11	7	22	11	14	10
1994	6	5	16	9	10	8
1999	5	5	9	8	10	6

winnen: Ihr Anteil lag in diesem Jahr bei fast 40 % und war damit fast vier Mal so hoch wie der Anteil der Jungwähler an allen Wählern. Bereits bei den Wahlen im Jahr 1984 sank der Jungwähleranteil deutlich ab, und zwar auf 29 %. Diese Entwicklung hat sich bis zum Jahr 1999 fortgesetzt, in dem die Grünen nur noch einen Jungwähleranteil von 9 % aufweisen. Eine Abnahme des Jungwähleranteils ist auch bei den anderen Parteien zu beobachten – sie korrespondiert jedoch in ihrem Ausmaß eher mit der Abnahme der Jungwähler insgesamt und fällt zusätzlich wesentlich geringer aus als bei den Grünen. So ist beispielsweise der Anteil der Jungwähler bei der SPD von 12 % im Jahr 1979 auf 5 % im Jahr 1999 gefallen. Bei der CDU ist ein Rückgang des Jungwähleranteils von 1979 bis 1994 zu beobachten, der sich jedoch – vermutlich aufgrund der starken Stimmengewinne bei den Jungwählern – im Jahr 1999 nicht fortgesetzt hat. Obwohl auch die F.D.P. einen deutlichen Rückgang des Jungwähleranteils von 1979 bis 1999 zu verzeichnen hat, liegt dieser im Jahr 1999 mit 9 % immer noch über dem Durchschnitt von 6 %. Bei den sonstigen Parteien ist der Jungwähleranteil in allen Jahren deutlich höher als der Durchschnitt und ein Absinken ist erstmals im Jahr 1994 zu erkennen. Zu beobachten sind diese Trends sowohl bei den jungen Männern als auch bei den jungen Frauen.

Die Ergebnisse verweisen somit für die Grünen auf eine Alterung der Wählerschaft, die sich in dieser Deutlichkeit bei keiner anderen Partei vollzogen hat. Vor diesem Hintergrund wird die Vermutung geäußert, dass die Grünen nur eine Generationenpartei seien, deren lang-

fristige Überlebenschancen aufgrund der abnehmenden Bedeutung der Friedens- und Umweltbewegung gering sein würden (siehe beispielsweise Raschke 1993: 54). Diese Schlussfolgerung, so nahe sie auch angesichts der dargestellten Ergebnisse liegt, wird aber möglicherweise zu schnell gezogen. Zwar ist einerseits das Altern der Wählerschaft der Grünen nicht von der Hand zu weisen: über 60 % der Wählerinnen und Wähler sind inzwischen 35 Jahre und älter. Andererseits haben aber die Grünen im Vergleich zur Europawahl 1994 in diesen Altersgruppen nur einen unterdurchschnittlichen Stimmenverlust zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund könnte ein durchschnittlicher Jungwähleranteil durchaus ausreichen, um das weitere Überleben der Partei zu sichern.

Zusammenfassung

In den vorangegangenen Abschnitten wurden die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe bei der Europawahl 1999 auf der Basis der repräsentativen Wahlstatistik für Nordrhein-Westfalen untersucht. Die Ergebnisse heben sich deutlich von denen der vorangegangenen Wahlen ab. Zu den Wahlgewinnern ist die CDU zu zählen, deren Stimmenzuwachs im Vergleich zur Europawahl 1994 9 Prozentpunkte beträgt. Alle anderen Parteien haben einen Stimmenverlust zu verzeichnen, und zwar die SPD von 2, die Grünen von 4, die F.D.P. von 1 und die sonstigen Parteien von 2 Prozentpunkt(en). Besonders stark hat sich das Wahlverhalten der Jungwähler verändert. Während der Stimmenzuwachs der CDU hier 17 Prozentpunkte beträgt, weisen die Grünen einen Stimmenverlust von 12 Prozentpunkten auf. Demgegenüber fallen die Stimmenverluste in dieser Altersgruppe bei den sonstigen Parteien, der SPD und der F.D.P. mit 2,1 und 3 Prozentpunkt(en) deutlich geringer aus. Der Vergleich des Wahlverhaltens junger Frauen und junger Männer ergab, dass die Stimmengewinne der CDU und die Stimmenverluste der Grünen etwas stärker auf das Wahlverhalten der jungen Frauen zurückzuführen sind. Erste Analysen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass die genannten Entwicklungen nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten Bundesgebiet zu beobachten sind (Der Bundeswahlleiter/ Statistisches Bundesamt 1999).

Die Wahlergebnisse sind vor dem Hintergrund einer geringen und selektiven Wahlbeteiligung zu betrachten. Wie auch schon bei früheren Wahlen weisen die älteren Gruppen eine überdurchschnittliche und die jüngeren Gruppen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf. Das Verhalten der älteren und der jüngeren Wahlberechtigten ist jedoch nicht – wie häufig unterstellt wird – unabhängig voneinander. Es zeigte sich, dass eine hohe Wahlbeteiligung der älteren Gruppen mit einer hohen Wahlbeteiligung der jüngeren Gruppen einhergeht. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass in den letzten zwanzig Jahren die Wahlbeteiligung der mittleren Altersgruppen, die für die politische Sozialisation der jungen Erwachsenen verantwortlich sind, am stärksten abgenommen hat.

Die Höhe der Wahlbeteiligung wurde auch durch den Wahlkampf beeinflußt, in dem die Europawahl von den Medien und den Parteien vorrangig als Abstimmung über die seit acht Monaten amtierende rot-grüne Koalition thematisiert wurde. In diesem Zusammenhang wurde in der Öffentlichkeit die Vermutung geäußert, dass sich insbesondere traditionelle SPD-Wählerinnen und -Wähler nicht an der Europawahl beteiligt haben, um so ihren Unmut über die Regierung auszudrücken. Diese Vermutung bestätigte sich insofern, als die Wahlbeteiligung eher dort niedrig war, wo die SPD bei der vorangegangenen Europawahl einen hohen Stimmenanteil aufweist.

Literatur

Dauses, Manfred A./Fugmann, Friedrich (1995): Die politisch-institutionelle Stellung des Europäischen Parlaments nach dem Maastricht-Vertrag. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B 3 – 4/95: 24 – 32.

Der Bundeswahlleiter/Statistisches Bundesamt (1999): Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999: Erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann de/Willems, Helmut (1996): Das Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik: Normalisierung oder Krisenentwicklung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B19/ 96: 3 – 17.

Herbertz, Heinz-Christoph (1999): Europawahl 1999. In: Wirtschaft und Statistik 4: 282 – 292

Hin, Monika/Siedt, Hans Gerd (1994): Europawahl 1994: Erste Ergebnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik. In: Wirtschaft und Statistik 7: 489 – 496.

Mayer, Karl Ulrich/Huinink, Johannes (1990): Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte in der Analyse von Lebensverläufen oder: Lexis Ade? In: Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, Westdeutscher Verlag, 442 – 459.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (1997): Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union: Ergebnisse, Fortschritte, Defizite. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B47/97: 21 – 29.

Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (1992): Die GRÜNEN. In: Mitzel, Alf/Oberreuter, Heinricht (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, Leske + Budrich, 319 – 361.

Murphy, Detlef/Roland Roth (1987): In vielen Richtungen zugleich: DIE GRÜNEN – ein Artefakt der Fünf-Prozent-Klausel? In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 303 – 326.

Raschke, Joachim (1993): Krise der Grünen: Bilanz und Neubeginn. Schüren Presseverlag, Marburg.

Rowold, Manfred/Immerfall, Stefan (1992): Im Schatten der Macht: Nichtetablierte Kleinparteien. In: Mitzel, Alf/Oberreuter, Heinricht (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, Leske + Budrich, 362 – 420.

Stöss, Richard (1987): Parteien und soziale Bewegungen: Begriffliche Abgrenzung – Volksparteien – Neue soziale Bewegungen – DIE GRÜNEN. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Campus Verlag, Frankfurt am Main, New York, 303 – 326.

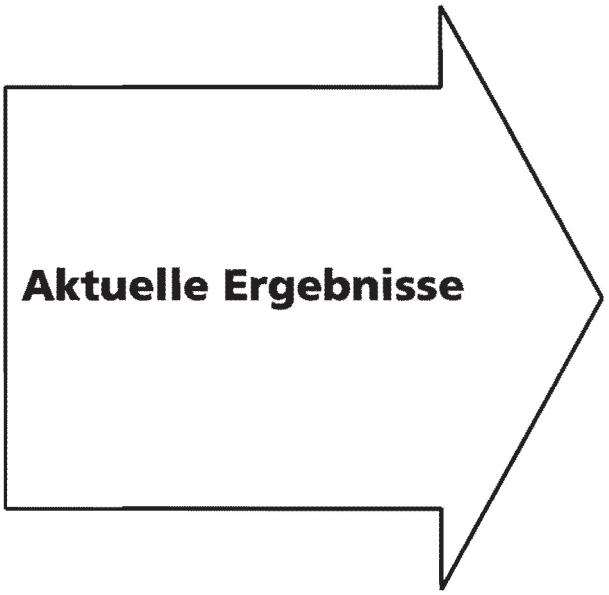
Winship, Christopher/Mare, Robert D. (1992): Models for Sample Selection Bias. In: Annual Review of Sociology, 327 – 350. ■

Öffentlicher Straßenpersonenverkehr im Jahre 1998

Im öffentlichen Straßenpersonenverkehr Nordrhein-Westfalens wurden 1998 insgesamt 1,85 Milliarden Fahrgäste befördert. Damit wurde das Rekordergebnis des Vorjahres nur um 0,1 % verfehlt. Die Einnahmen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr lagen mit 2,5 Milliarden DM um –0,3 % unter dem Vorjahres-Rekordwert.

Im bedeutendsten Bereich, dem allgemeinen Linienverkehr, konnten im vergangenen Jahr – trotz eines Rückgangs bei den Fahrgästen um 0,1 % auf 1,79 Milliarden – die Einnahmen um 1,3 % auf 2,12 Milliarden DM gesteigert werden.

Befragt werden zu dieser Statistik nur Unternehmen mit mindestens sechs Bussen und/oder Straßenbahn- bzw. O-Busverkehr.


Aktuelle Ergebnisse

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

März 1999 (Basis 1995 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungsanteil	Indexstand	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp[1]			Haushaltstyp[1]		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	‰	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	**1 000**	**104,5**	**+ 0,5**	**104,9**	**104,1**	**104,2**	**+ 0,1**	**+ 0,3**	**+ 0,5**
ohne Saisonwaren[1]	974,00	104,5	+ 0,4	105,0	104,1	104,2	-	+ 0,3	+ 0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe	961,71	104,7	+ 0,6	105,0	104,3	104,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
ohne Wohnungsmieten und Nebenkosten	783,64	103,3	+ 0,3	103,0	102,6	103,1	- 0,3	-	+ 0,4
ohne Ferienwohnungen und Pauschalreisen	980,62	104,5	+ 0,5	105,0	104,3	104,4	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6
nur Dienstleistungen	283,57	107,4	+ 1,0	107,2	106,2	106,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	**127,05**	**101,8**	**- 0,8**	**101,7**	**101,6**	**101,6**	**- 0,9**	**- 1,0**	**- 0,9**
Nahrungsmittel zusammen	109,48	101,7	- 0,8	101,7	101,6	101,6	- 0,8	- 0,9	- 0,8
Saisonwaren[1]	26,00	102,1	+ 1,3	101,1	101,6	101,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	**40,39**	**105,9**	**+ 3,0**	**105,7**	**106,4**	**106,5**	**+ 2,8**	**+ 3,3**	**+ 3,4**
alkoholische Getränke	20,38	103,3	+ 1,7	103,4	103,1	104,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,4
Bekleidung, Schuhe	**67,72**	**102,2**	**+ 0,4**	**102,7**	**102,7**	**102,6**	**+ 0,5**	**+ 0,5**	**+ 0,4**
Bekleidung	53,65	101,8	+ 0,1	102,0	102,3	102,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Schuhe	10,67	103,4	+ 1,0	103,5	103,7	103,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	**287,02**	**106,3**	**+ 0,7**	**106,7**	**106,6**	**106,4**	**+ 0,7**	**+ 0,8**	**+ 0,8**
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	216,36	108,9	+ 1,1	109,4	108,9	108,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,6
Nettokaltmieten	185,02	107,7	+ 0,7	108,4	107,9	107,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8
Haushaltsenergie	53,33	96,5	- 1,6	95,3	96,4	96,9	- 1,7	- 1,0	- 1,2
Strom	26,28	92,5	+ 1,1	91,4	92,7	92,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
Gas	10,43	103,7	+ 0,6	103,5	103,7	103,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Heizöl	6,51	97,1	- 5,3	97,1	97,1	97,1	- 5,3	- 5,3	- 5,3
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	**66,48**	**102,7**	**+ 0,8**	**103,0**	**102,8**	**103,1**	**+ 1,1**	**+ 0,9**	**+ 1,0**
Möbel	28,12	103,5	+ 0,8	104,0	103,5	103,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8
Haushaltsgeräte	9,75	100,5	+ 0,4	102,6	101,4	102,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,0
Gesundheitspflege	**36,36**	**110,9**	**- 1,5**	**118,0**	**113,4**	**107,4**	**- 6,6**	**- 6,1**	**- 1,0**
pharmazeutische Erzeugnisse	10,12	111,5	- 4,9	122,9	127,0	111,8	- 9,8	-10,2	- 5,7
Verkehr	**136,58**	**104,8**	**+ 0,7**	**104,8**	**104,1**	**104,2**	**+ 0,8**	**+ 0,5**	**+ 0,7**
Kraftfahrzeuge	35,38	102,8	+ 1,9	102,3	102,7	103,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	31,78	99,3	- 3,7	99,4	99,3	99,2	- 3,6	- 3,6	- 3,7
Nachrichtenübermittlung	**22,87**	**89,9**	**- 7,3**	**89,3**	**88,1**	**87,9**	**- 7,7**	**- 7,7**	**- 7,4**
Telefondienstleistungen	18,97	87,4	- 8,9	87,4	87,4	87,4	- 8,9	- 8,9	- 8,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	**100,64**	**105,1**	**+ 0,8**	**107,0**	**104,4**	**103,7**	**+ 0,8**	**+ 0,5**	**+ 0,5**
Pauschalreisen	16,56	105,8	- 0,6	103,4	106,5	106,1	+ 2,6	- 1,4	- 0,8
Bildungswesen	**6,00**	**109,0**	**+ 2,5**	**123,5**	**110,2**	**113,8**	**+ 7,2**	**+ 3,0**	**+ 4,2**
Beherbergungs- und Gaststätten dienstleistungen	**48,75**	**105,6**	**+ 1,9**	**104,9**	**102,0**	**102,4**	**+ 1,5**	**+ 1,1**	**+ 1,1**
Verzehr von Speisen und Getränken	40,83	107,4	+ 2,4	107,5	107,3	107,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5
Beherbergungsdienstleistungen	7,92	96,2	- 0,8	98,8	91,3	93,0	- 0,2	- 2,0	- 1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	**60,14**	**103,9**	**+ 1,7**	**103,4**	**101,9**	**104,5**	**+ 1,5**	**+ 1,3**	**+ 1,6**
Friseurleistungen	11,61	109,8	+ 2,0	109,9	109,8	109,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0

1) Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen in den kreisfreien Städten und Kreisen 1995 nach der Höhe des Gesamtvermögens und Verwaltungsbezirken

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk a = Steuerpflichtige: Anzahl / % b = Gesamtvermögen:1 000 DM / %		Insgesamt		unter 150 000		150 000 – 200 000	
	Kreisfreie Städte							
1	Düsseldorf	a	12 727	100	479	3,8	973	7,6
		b	16 733 388	100	65 163	0,4	170 405	1,0
2	Duisburg	a	4 338	100	245	5,6	406	9,4
		b	3 389 289	100	33 329	1,0	71 284	2,1
3	Essen	a	9 278	100	371	4,0	795	8,6
		b	10 072 559	100	50 719	0,5	139 223	1,4
4	Krefeld	a	4 119	100	150	3,6	318	7,7
		b	4 215 893	100	20 554	0,5	55 887	1,3
5	Mönchengladbach	a	3 875	100	179	4,6	347	9,0
		b	3 883 902	100	24 321	0,6	60 610	1,6
6	Mülheim an der Ruhr	a	3 726	100	158	4,2	288	7,7
		b	4 110 643	100	21 616	0,5	50 547	1,2
7	Oberhausen	a	1 863	100	76	4,1	182	9,8
		b	1 097 237	100	10 356	0,9	32 304	2,9
8	Remscheid	a	2 259	100	102	4,5	226	10,0
		b	2 433 099	100	13 872	0,6	39 717	1,6
9	Solingen	a	3 015	100	142	4,7	289	9,6
		b	2 607 246	100	19 451	0,7	50 558	1,9
10	Wuppertal	a	6 234	100	253	4,1	525	8,4
		b	6 548 247	100	34 282	0,5	92 232	1,4
	Kreise							
11	Kleve	a	3 427	100	144	4,2	333	9,7
		b	3 389 047	100	19 702	0,6	58 473	1,7
12	Mettmann	a	8 827	100	286	3,2	592	6,7
		b	10 040 576	100	39 106	0,4	104 166	1,0
13	Neuss	a	6 687	100	241	3,6	452	6,8
		b	7 495 451	100	32 899	0,4	79 263	1,1
14	Viersen	a	3 974	100	174	4,4	344	8,7
		b	3 222 274	100	23 843	0,7	60 690	1,9
15	Wesel	a	4 537	100	180	4,0	355	7,8
		b	3 790 183	100	24 551	0,6	62 665	1,7
16	**Reg.-Bez. Düsseldorf**	**a**	**78 886**	**100**	**3 180**	**4,0**	**6 425**	**8,1**
		b	**83 029 032**	**100**	**433 766**	**0,5**	**1 128 025**	**1,4**

Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM								Lfd. Nr.
200 000 – 300 000		300 000 – 500 000		500 000 – 1 Mill.		1 Mill. und mehr		
2 150	16,9	3 077	24,2	3 209	25,2	2 839	22,3	1
542 863	3,2	1 202 823	7,2	2 228 519	13,3	12 523 615	74,8	
882	20,3	1 207	27,8	1 008	23,2	590	13,6	2
220 662	6,5	471 934	13,9	693 258	20,5	1 898 821	56,0	
1 583	17,1	2 467	26,6	2 391	25,8	1 671	18,0	3
397 678	3,9	959 707	9,5	1 651 823	16,4	6 873 408	68,2	
708	17,2	1 104	26,8	1 046	25,4	793	19,3	4
177 409	4,2	434 651	10,3	723 556	17,2	2 803 835	66,5	
645	16,6	987	25,5	1 013	26,1	704	18,2	5
161 492	4,2	389 308	10,0	704 810	18,1	2 543 360	65,5	
611	16,4	1 004	26,9	933	25,0	732	19,6	6
155 130	3,8	394 103	9,6	657 721	16,0	2 831 526	68,9	
392	21,0	555	29,8	434	23,3	224	12,0	7
99 009	9,0	215 318	19,6	300 744	27,4	439 506	40,1	
375	16,6	563	24,9	537	23,8	456	20,2	8
95 051	3,9	218 870	9,0	374 294	15,4	1 691 294	69,5	
557	18,5	818	27,1	713	23,6	496	16,5	9
138 543	5,3	316 592	12,1	492 307	18,9	1 589 795	61,0	
1 030	16,5	1 642	26,3	1 512	24,3	1 272	20,4	10
259 737	4,0	644 666	9,8	1 047 140	16,0	4 470 189	68,3	
622	18,1	941	27,5	850	24,8	537	15,7	11
156 442	4,6	366 636	10,8	585 748	17,3	2 202 045	65,0	
1 442	16,3	2 392	27,1	2 401	27,2	1 714	19,4	12
364 811	3,6	944 610	9,4	1 664 770	16,6	6 923 111	69,0	
1 020	15,3	1 761	26,3	1 846	27,6	1 367	20,4	13
258 777	3,5	690 985	9,2	1 272 860	17,0	5 160 667	68,9	
726	18,3	1 161	29,2	994	25,0	575	14,5	14
183 588	5,7	451 964	14,0	687 345	21,3	1 814 844	56,3	
738	16,3	1 263	27,8	1 258	27,7	743	16,4	15
185 372	4,9	493 539	13,0	871 077	23,0	2 152 979	56,8	
13 481	**17,1**	**20 942**	**26,5**	**20 145**	**25,5**	**14 713**	**18,7**	**16**
3 396 566	**4,1**	**8 195 708**	**9,9**	**13 955 973**	**16,8**	**55 918 995**	**67,3**	

Noch: **Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen in den kreisfreien Städten und Kreisen 1995 nach der Höhe des Gesamtvermögens und Verwaltungsbezirken**

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk a = Steuerpflichtige: Anzahl / % b = Gesamtvermögen: 1 000 DM / %	Insgesamt		unter 150 000		150 000 – 200 000	
	Kreisfreie Städte						
17	Aachen . . . . . a	4 456	100	199	4,5	356	8,0
	b	4 217 509	100	27 089	0,6	62 274	1,5
18	Bonn . . . . . a	8 766	100	394	4,5	731	8,3
	b	7 370 389	100	53 934	0,7	128 514	1,7
19	Köln . . . . . a	17 802	100	725	4,1	1 484	8,3
	b	17 770 285	100	98 338	0,6	261 404	1,5
20	Leverkusen . . . . . a	2 362	100	86	3,6	176	7,5
	b	1 809 502	100	11 703	0,6	31 107	1,7
	Kreise						
21	Aachen . . . . . a	2 847	100	95	3,3	251	8,8
	b	2 274 453	100	12 767	0,6	44 038	1,9
22	Düren . . . . . a	3 141	100	116	3,7	244	7,8
	b	2 747 169	100	15 781	0,6	42 774	1,6
23	Erftkreis . . . . . a	5 410	100	154	2,8	398	7,4
	b	4 303 611	100	21 078	0,5	70 178	1,6
24	Euskirchen . . . . . a	2 348	100	99	4,2	216	9,2
	b	1 785 507	100	13 452	0,8	37 575	2,1
25	Heinsberg . . . . . a	2 618	100	116	4,4	222	8,5
	b	1 920 771	100	15 873	0,8	38 874	2,0
26	Oberbergischer Kreis . . . . . a	3 421	100	173	5,1	343	10,0
	b	3 574 484	100	23 508	0,7	60 337	1,7
27	Rheinisch-Bergischer Kreis . . . . . a	5 718	100	206	3,6	401	7,0
	b	5 252 265	100	28 108	0,5	70 644	1,3
28	Rhein-Sieg-Kreis . . . . . a	8 976	100	337	3,8	718	8,0
	b	7 415 666	100	45 822	0,6	126 497	1,7
29	**Reg.-Bez. Köln . . . . . a**	**67 865**	**100**	**2 700**	**4,0**	**5 540**	**8,2**
	b	**60 441 610**	**100**	**367 454**	**0,6**	**974 217**	**1,6**
	Kreisfreie Städte						
30	Bottrop . . . . . a	867	100	31	3,6	68	7,8
	b	629 949	100	4 199	0,7	12 114	1,9
31	Gelsenkirchen . . . . . a	2 245	100	124	5,5	191	8,5
	b	1 716 965	100	16 838	1,0	33 636	2,0
32	Münster . . . . . a	5 050	100	216	4,3	415	8,2
	b	4 236 507	100	29 622	0,7	72 632	1,7

Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM								Lfd. Nr.
200 000 – 300 000		300 000 – 500 000		500 000 – 1 Mill.		1 Mill. und mehr		
780	17,5	1 153	25,9	1 171	26,3	797	17,9	17
194 067	4,6	449 703	10,7	808 829	19,2	2 675 547	63,4	
1 606	18,3	2 454	28,0	2 216	25,3	1 365	15,6	18
403 061	5,5	953 228	12,9	1 531 060	20,8	4 300 593	58,3	
3 138	17,6	4 738	26,6	4 538	25,5	3 179	17,9	19
789 921	4,4	1 840 884	10,4	3 130 813	17,6	11 648 925	65,6	
395	16,7	727	30,8	650	27,5	328	13,9	20
100 082	5,5	284 333	15,7	447 353	24,7	934 923	51,7	
532	18,7	828	29,1	771	27,1	370	13,0	21
134 072	5,9	322 545	14,2	528 413	23,2	1 232 618	54,2	
488	15,5	855	27,2	890	28,3	548	17,4	22
123 375	4,5	330 267	12,0	615 602	22,4	1 619 370	58,9	
990	18,3	1 645	30,4	1 436	26,5	787	14,5	23
250 894	5,8	637 764	14,8	986 896	22,9	2 336 801	54,3	
455	19,4	675	28,7	566	24,1	337	14,4	24
114 882	6,4	264 542	14,8	388 637	21,8	966 419	54,1	
509	19,4	729	27,8	657	25,1	385	14,7	25
127 834	6,7	282 338	14,7	447 678	23,3	1 008 175	52,5	
645	18,9	955	27,9	775	22,7	530	15,5	26
161 882	4,5	369 284	10,3	536 663	15,0	2 422 810	67,8	
973	17,0	1 665	29,1	1 487	26,0	986	17,2	27
247 827	4,7	654 554	12,5	1 036 644	19,7	3 214 488	61,2	
1 709	19,0	2 647	29,5	2 296	25,6	1 269	14,1	28
433 838	5,9	1 033 484	13,9	1 578 734	21,3	4 197 291	56,6	
12 220	**18,0**	**19 071**	**28,1**	**17 453**	**25,7**	**10 881**	**16,0**	**29**
3 081 734	**5,1**	**7 422 925**	**12,3**	**12 037 321**	**19,9**	**36 557 960**	**60,5**	
154	17,8	230	26,5	243	28,0	141	16,3	30
39 217	6,2	88 957	14,1	166 664	26,5	318 799	50,6	
411	18,3	620	27,6	542	24,1	357	15,9	31
103 031	6,0	239 906	14,0	377 657	22,0	945 896	55,1	
950	18,8	1 378	27,3	1 277	25,3	814	16,1	32
237 627	5,6	540 060	12,7	887 277	20,9	2 469 288	58,3	

Noch: **Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen in den kreisfreien Städten und Kreisen 1995 nach der Höhe des Gesamtvermögens und Verwaltungsbezirken**

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk a = Steuerpflichtige: Anzahl / % b = Gesamtvermögen: 1 000 DM / %	Insgesamt		unter 150 000		150 000 – 200 000	
	Kreise						
33	Borken . . . . . a	3 499	100	165	4,7	324	9,3
	b	3 541 655	100	22 401	0,6	56 162	1,6
34	Coesfeld . . . . . a	1 928	100	84	4,4	163	8,5
	b	1 950 848	100	11 381	0,6	28 639	1,5
35	Recklinghausen . . . . . a	5 302	100	206	3,9	423	8,0
	b	4 038 593	100	28 172	0,7	74 391	1,8
36	Steinfurt . . . . . a	3 971	100	167	4,2	369	9,3
	b	3 814 508	100	22 803	0,6	64 569	1,7
37	Warendorf . . . . . a	3 134	100	145	4,6	257	8,2
	b	3 632 742	100	19 782	0,5	45 031	1,2
38	**Reg.-Bez. Münster** . . . . . **a**	**25 996**	**100**	**1 138**	**4,4**	**2 210**	**8,5**
	b	**23 561 766**	**100**	**155 197**	**0,7**	**387 175**	**1,6**
	Kreisfreie Stadt						
39	Bielefeld . . . . . a	5 425	100	202	3,7	447	8,2
	b	6 230 605	100	27 446	0,4	78 427	1,3
	Kreise						
40	Gütersloh . . . . . a	4 526	100	171	3,8	367	8,1
	b	5 808 045	100	23 036	0,4	63 777	1,1
41	Herford . . . . . a	3 556	100	132	3,7	278	7,8
	b	3 991 788	100	17 995	0,5	48 828	1,2
42	Höxter . . . . . a	1 683	100	79	4,7	170	10,1
	b	1 308 034	100	10 753	0,8	30 099	2,3
43	Lippe . . . . . a	5 938	100	244	4,1	544	9,2
	b	5 138 898	100	33 249	0,6	95 758	1,9
44	Minden-Lübbecke . . . . . a	4 383	100	231	5,3	399	9,1
	b	4 439 129	100	31 357	0,7	69 883	1,6
45	Paderborn . . . . . a	2 752	100	125	4,5	272	9,9
	b	3 296 158	100	17 086	0,5	47 965	1,5
46	**Reg.-Bez. Detmold** . . . . . **a**	**28 263**	**100**	**1 184**	**4,2**	**2 477**	**8,8**
	b	**30 212 657**	**100**	**160 923**	**0,5**	**434 737**	**1,4**

Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM								Lfd. Nr.
200 000 – 300 000		300 000 – 500 000		500 000 – 1 Mill.		1 Mill. und mehr		
578	16,5	893	25,5	884	25,3	655	18,7	33
146 274	4,1	349 693	9,9	613 224	17,3	2 353 902	66,5	
322	16,7	484	25,1	520	27,0	355	18,4	34
81 179	4,2	190 822	9,8	362 794	18,6	1 276 034	65,4	
916	17,3	1 509	28,5	1 394	26,3	854	16,1	35
231 357	5,7	587 377	14,5	962 486	23,8	2 154 810	53,4	
636	16,0	1 031	26,0	1 012	25,5	756	19,0	36
159 879	4,2	403 361	10,6	696 848	18,3	2 467 047	64,7	
538	17,2	875	27,9	764	24,4	555	17,7	37
136 098	3,7	341 172	9,4	529 412	14,6	2 561 247	70,5	
4 505	**17,3**	**7 020**	**27,0**	**6 636**	**25,5**	**4 487**	**17,3**	**38**
1 134 661	**4,8**	**2 741 348**	**11,6**	**4 596 361**	**19,5**	**14 547 024**	**61,7**	
1 004	18,5	1 449	26,7	1 355	25,0	968	17,8	39
253 510	4,1	565 502	9,1	941 324	15,1	4 364 396	70,0	
784	17,3	1 175	26,0	1 092	24,1	937	20,7	40
197 133	3,4	460 956	7,9	766 515	13,2	4 296 628	74,0	
641	18,0	929	26,1	922	25,9	654	18,4	41
161 260	4,0	362 138	9,1	638 828	16,0	2 762 738	69,2	
330	19,6	479	28,5	412	24,5	213	12,7	42
82 624	6,3	187 453	14,3	283 660	21,7	713 444	54,5	
1 155	19,5	1 693	28,5	1 425	24,0	877	14,8	43
290 729	5,7	661 759	12,9	975 504	19,0	3 081 899	60,0	
796	18,2	1 176	26,8	1 077	24,6	704	16,1	44
200 881	4,5	459 400	10,3	726 883	16,4	2 950 725	66,5	
501	18,2	699	25,4	674	24,5	481	17,5	45
125 008	3,8	274 606	8,3	468 634	14,2	2 362 860	71,7	
5 211	**18,4**	**7 600**	**26,9**	**6 957**	**24,6**	**4 834**	**17,1**	**46**
1 311 145	**4,3**	**2 971 814**	**9,8**	**4 801 348**	**15,9**	**20 532 690**	**68,0**	

Noch: **Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen in den kreisfreien Städten und Kreisen 1995 nach der Höhe des Gesamtvermögens und Verwaltungsbezirken**

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk a = Steuerpflichtige: Anzahl / % b = Gesamtvermögen: 1 000 DM / %		Insgesamt		unter 150 000		150 000 – 200 000	
	Kreisfreie Städte							
47	Bochum	a	4 184	100	172	4,1	303	7,2
		b	4 577 313	100	23 282	0,5	52 643	1,2
48	Dortmund	a	6 373	100	232	3,6	531	8,3
		b	5 329 850	100	31 622	0,6	92 714	1,7
49	Hagen	a	2 864	100	98	3,4	220	7,7
		b	2 641 273	100	13 372	0,5	38 580	1,5
50	Hamm	a	1 579	100	44	2,8	130	8,2
		b	1 265 054	100	5 990	0,5	23 059	1,8
51	Herne	a	1 174	100	59	5,0	94	8,0
		b	1 013 289	100	8 016	0,8	16 554	1,6
	Kreise							
52	Ennepe-Ruhr-Kreis	a	4 294	100	157	3,7	326	7,6
		b	4 989 770	100	21 296	0,4	56 859	1,1
53	Hochsauerlandkreis	a	3 422	100	176	5,1	319	9,3
		b	3 490 211	100	23 977	0,7	56 179	1,6
54	Märkischer Kreis	a	5 763	100	215	3,7	441	7,7
		b	7 316 630	100	29 355	0,4	77 296	1,1
55	Olpe	a	1 078	100	33	3,1	82	7,6
		b	1 702 210	100	4 437	0,3	14 446	0,8
56	Siegen-Wittgenstein	a	3 867	100	172	4,4	377	9,7
		b	4 239 032	100	23 325	0,6	65 975	1,6
57	Soest	a	3 335	100	178	5,3	295	8,8
		b	3 465 105	100	24 226	0,7	51 802	1,5
58	Unna	a	3 516	100	180	5,1	308	8,8
		b	2 958 790	100	24 500	0,8	53 416	1,8
59	**Reg.-Bez. Arnsberg**	**a**	**41 449**	**100**	**1 716**	**4,1**	**3 426**	**8,3**
		b	**42 988 525**	**100**	**233 398**	**0,5**	**599 523**	**1,4**
60	**Nordrhein-Westfalen**	**a**	**242 459**	**100**	**9 918**	**4,1**	**20 078**	**8,3**
		b	**240 233 590**	**100**	**1 350 736**	**0,6**	**3 523 675**	**1,5**

Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM								Lfd. Nr.
200 000 – 300 000		300 000 – 500 000		500 000 – 1 Mill.		1 Mill. und mehr		
742	17,7	1 150	27,5	1 067	25,5	750	17,9	47
187 286	4,1	448 542	9,8	737 842	16,1	3 127 717	68,3	
1 086	17,0	1 786	28,0	1 613	25,3	1 125	17,7	48
273 263	5,1	698 614	13,1	1 110 185	20,8	3 123 451	58,6	
487	17,0	777	27,1	725	25,3	557	19,4	49
120 924	4,6	300 824	11,4	500 710	19,0	1 666 864	63,1	
302	19,1	439	27,8	404	25,6	260	16,5	50
76 343	6,0	173 827	13,7	280 423	22,2	705 412	55,8	
239	20,4	331	28,2	277	23,6	174	14,8	51
60 684	6,0	129 372	12,8	189 558	18,7	609 105	60,1	
684	15,9	1 175	27,4	1 134	26,4	818	19,0	52
173 470	3,5	457 900	9,2	787 765	15,8	3 492 479	70,0	
675	19,7	899	26,3	799	23,3	554	16,2	53
169 036	4,8	352 536	10,1	550 871	15,8	2 337 612	67,0	
1 003	17,4	1 483	25,7	1 428	24,8	1 193	20,7	54
253 117	3,5	575 133	7,9	992 866	13,6	5 388 864	73,7	
172	16,0	260	24,1	271	25,1	260	24,1	55
42 988	2,5	100 453	5,9	191 015	11,2	1 348 872	79,2	
719	18,6	1 022	26,4	944	24,4	633	16,4	56
182 094	4,3	398 796	9,4	658 926	15,5	2 909 916	68,6	
588	17,6	926	27,8	775	23,2	573	17,2	57
148 606	4,3	363 216	10,5	533 806	15,4	2 343 448	67,6	
613	17,4	976	27,8	884	25,1	555	15,8	58
155 007	5,2	381 486	12,9	609 158	20,6	1 735 224	58,6	
7 310	**17,6**	**11 224**	**27,1**	**10 321**	**24,9**	**7 452**	**18,0**	**59**
1 842 817	**4,3**	**4 380 699**	**10,2**	**7 143 124**	**16,6**	**28 788 964**	**67,0**	
42 727	**17,6**	**65 857**	**27,2**	**61 512**	**25,4**	**42 367**	**17,5**	**60**
10 766 923	**4,5**	**25 712 494**	**10,7**	**42 534 127**	**17,7**	**156 345 633**	**65,1**	

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

Januar 1999

Straßenart Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat			
		Getötete	Schwer-	Leicht-	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwer-	Leicht-
			verletzte				verletzte	
	Anzahl				%			
Autobahnen	371	14	117	424	+ 3,6	+27,3	- 0,8	+ 3,9
Bundesstraßen	1 027	19	308	1 060	-11,8	-29,6	- 9,7	-13,3
innerorts	685	5	163	706	-12,3	x	-12,4	-12,5
außerorts	342	14	145	354	-10,9	-26,3	- 6,5	-14,9
Landesstraßen	1 537	27	481	1 567	- 9,7	-22,9	-13,2	- 4,9
innerorts	911	9	209	925	-13,1	x	-20,8	- 9,8
außerorts	626	18	272	642	- 4,4	-40,0	- 6,2	+ 3,0
Kreisstraßen	565	7	188	528	+ 2,4	x	+ 3,9	+ 1,9
innerorts	368	2	106	347	+ 9,5	x	+26,2	+ 4,8
außerorts	197	5	82	181	- 8,8	x	-15,5	- 3,2
Andere Straßen	1 663	14	402	1 572	- 3,2	- 6,7	- 5,9	+ 0,9
innerorts	1 550	10	368	1 460	- 2,9	- 9,1	- 2,9	+ 0,3
außerorts	113	4	34	112	- 7,4	-	-29,2	+ 9,8
Insgesamt	**5 163**	**81**	**1 496**	**5 151**	**- 6,1**	**-19,8**	**- 7,7**	**- 3,8**
innerorts	**3 514**	**26**	**846**	**3 438**	**- 6,6**	**- 3,7**	**- 7,3**	**- 5,0**
außerorts	**1 649**	**55**	**650**	**1 713**	**- 5,0**	**-25,7**	**- 8,2**	**- 1,3**

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden				Verunglückte			Unfälle mit schwerwiegendem Sachschaden[1]	Unfälle mit Personen- und schwerw. Sachschaden[1]
	insgesamt	davon mit			Getötete	Schwer-	Leicht-		
		Getöteten	Schwer-	Leicht-		verletzte			
			verletzten						
1. 1. Freitag	70	1	21	48	1	25	76	30	100
2. 1. Samstag	100	1	25	74	1	27	105	34	134
3. 1. Sonntag	76	1	23	52	1	33	74	42	118
4. 1. Montag	208	2	50	156	2	52	219	80	288
5. 1. Dienstag	155	4	39	112	4	41	133	53	208
6. 1. Mittwoch	188	3	51	134	3	53	162	46	234
7. 1. Donnerstag	151	-	41	110	-	44	132	55	206
8. 1. Freitag	194	2	62	130	2	72	187	72	266
9. 1. Samstag	148	4	39	105	5	44	168	67	215
10. 1. Sonntag	86	1	26	59	1	29	87	49	135
11. 1. Montag	156	1	34	121	2	40	161	53	209
12. 1. Dienstag	182	4	50	128	4	62	172	76	258
13. 1. Mittwoch	139	2	34	103	2	38	160	83	222
14. 1. Donnerstag	183	-	42	141	-	45	184	83	266
15. 1. Freitag	184	6	55	123	6	62	172	61	245
16. 1. Samstag	163	6	42	115	6	50	178	85	248
17. 1. Sonntag	121	1	27	93	2	37	136	69	190
18. 1. Montag	385	8	85	292	8	93	347	96	481
19. 1. Dienstag	208	1	42	165	1	46	219	61	269
20. 1. Mittwoch	154	3	41	110	3	46	146	60	214
21. 1. Donnerstag	192	4	39	149	4	41	197	60	252
22. 1. Freitag	208	1	57	150	1	67	200	75	283
23. 1. Samstag	132	1	43	88	1	51	127	48	180
24. 1. Sonntag	90	1	28	61	1	30	95	49	139
25. 1. Montag	227	4	59	164	4	67	224	74	301
26. 1. Dienstag	188	5	52	131	5	61	175	38	226
27. 1. Mittwoch	246	3	61	182	3	70	252	82	328
28. 1. Donnerstag	212	1	39	172	1	51	230	73	285
29. 1. Freitag	206	2	53	151	2	54	200	65	271
30. 1. Samstag	125	3	40	82	4	43	138	50	175
31. 1. Sonntag	86	1	19	66	1	22	95	53	139
Insgesamt	**5 163**	**77**	**1 319**	**3 767**	**81**	**1 496**	**5 151**	**1 922**	**7 085**

1) schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne)

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung			
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 962 975	17 970 899
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 055 309	2 046 600
	Bevölkerungsbewegung			
	Natürliche Bevölkerungsbewegung			
3	* Eheschließungen[2]	Anzahl	8 315	8 140
4	* Lebendgeborene[3]	Anzahl	15 866	15 191
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 721	2 537
6	* Gestorbene[4] (ohne Totgeborene)	Anzahl	15 829	15 762
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	87	78
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	+37	–572
	Wanderungen			
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	24 422	24 063
10	* darunter aus dem Ausland[5]	Anzahl	12 608	12 435
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	22 227	23 406
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	11 158	11 927
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–)	Anzahl	+2 194	+657
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene[6]	Anzahl	48 207	47 588
			1996	1997
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Arbeitsmarkt			
15	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[7]	1 000	5 758	5 722
16	* Frauen	1 000	2 390	2 377
17	* Ausländerinnen und Ausländer	1 000	528	515
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	695	716
19	* darunter Frauen	1 000	632	642
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[7] in der Wirtschaftsabteilung			
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	171	161
21	* darunter Frauen	1 000	17	16
22	* Verarbeitendes Gewerbe[8]	1 000	1 889	1 839
23	* darunter Frauen	1 000	446	429
24	* Baugewerbe	1 000	352	339
25	* darunter Frauen	1 000	36	35
26	* Handel	1 000	877	880
27	* darunter Frauen	1 000	458	455
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	279	279
29	* darunter Frauen	1 000	79	78

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – Umgezogene – 7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
17 975 128	17 974 487	17 973 651	17 973 291	17 974 350	17 975 516	17 974 305	17 973 487	1
x	2 053 085	x	x	x	2 041 057	x	x	2
5 908	11 484	3 128	3 621	6 296	11 735	2 948	3 735	3
13 610	17 930	12 711	14 233	14 838	17 209	11 932	13 565	4
2 316	3 372	1 985	2 374	2 445	3 059	1 717	2 163	5
15 156	18 892	14 859	15 105	15 841	19 129	15 503	16 689	6
78	103	96	78	70	103	75	75	7
–1 546	–962	–2 148	–872	–1 003	–1 920	–3 571	–3 124	8
21 328	21 586	22 666	19 281	24 448	24 206	21 979	19 670	9
10 983	10 430	11 667	10 047	13 138	12 768	11 732	10 158	10
20 944	21 265	21 354	18 769	21 569	21 120	19 619	17 364	11
10 566	10 737	10 746	9 837	10 551	10 345	9 535	8 431	12
+384	+321	+1 312	+512	+2 879	+3 086	+2 360	+2 306	13
45 396	54 281	47 171	39 317	48 255	57 841	44 177	38 287	14

1996		1997				1998		
30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	
5 795	5 727	5 694	5 696	5 775	5 722	5 692	5 691	15
2 399	2 378	2 374	2 362	2 394	2 378	2 370	2 359	16
533	520	513	514	521	510	509	514	17
693	702	710	710	715	730	731	735	18
631	636	641	637	639	649	649	650	19
170	168	165	162	160	158	157	154	20
17	17	16	16	16	16	16	16	21
1 892	1 867	1 845	1 834	1 850	1 827	1 816	1 816	22
447	438	433	428	431	422	421	420	23
361	343	332	340	350	333	328	332	24
36	35	35	34	35	34	34	34	25
880	879	876	873	887	882	873	869	26
459	458	454	452	457	455	451	446	27
282	279	277	278	281	280	284	286	28
79	78	78	77	79	78	78	78	29

3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1996	1997
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: **Arbeitsmarkt**			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	221	220
2	* darunter Frauen	1 000	117	116
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 450	1 492
4	* darunter Frauen	1 000	930	946
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	186	189
6	* darunter Frauen	1 000	126	127
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	332	324
8	* darunter Frauen	1 000	179	176
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose[2]	1 000	884	856
10	* darunter Frauen	1 000	364	363
	Arbeitslosenquote[2]			
11	* Insgesamt	%	12,2	11,7
12	* Frauen	%	11,9	11,6
13	* Männer	%	12,4	11,8
14	* Ausländerinnen und Ausländer	%	23,6	22,7
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	11,9	11,6
16	* Offene Stellen[2]	1 000	69	83
17	* Kurzarbeiterinnen und -arbeiter[2][3]	1 000	35	22
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen[4] darunter	1 000 t	105	112
19	* Rinder	1 000 t	19	17
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	84	92
22	* Konsumeier[5]	1 000	86 679	85 056r
23	* Geflügelfleisch[6]	1 000 kg	4 032	4 006
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	219	214

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 5) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Tieren im Monat

1996		1997				1998		Lfd. Nr.
30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	
222	220	219	218	222	220	219	218	1
117	116	116	115	117	116	116	115	2
1 467	1 452	1 465	1 481	1 512	1 510	1 509	1 513	3
937	931	937	938	955	953	954	949	4
187	188	189	187	190	191	189	188	5
126	127	127	126	127	128	127	127	6
334	330	326	324	324	321	317	316	7
180	179	177	175	177	175	174	173	8

1997		1998				1999		
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
865	885	916	911	822	847	874	876	9
364	368	377	373	355	360	369	368	10
11,9	12,2	12,6	12,6	11,2	11,5	11,9	11,9	11
11,8	12,0	12,3	12,1	11,3	11,4	11,7	11,7	12
12,0	12,4	12,9	12,9	11,1	11,6	12,0	12,1	13
23,6	24,1	24,7	24,7	22,2	22,8	23,3	23,4	14
11,7	11,4	11,3	11,2	11,5	11,5	11,5	11,3	15
63	63	67	72	81	76	83	89	16
26	25	29	31	26	27	41	41	17
113	104	115	100	127	112	125	109	18
20	17	19	16	20	18	17	15	19
2	2	2	2	2	2	2	2	20
90	85	94	82	104	91	107	92	21
86 804	83 727	82 593	85 204	82 488	82 537r	84 888p	82 679p	22
3 902	4 164	3 675	3 772	4 078	4 603	4 603	4 040	23
197	208	213	192	194	206	214	195	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Daten für den aktuellen Berichtsmonat vorläufig – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Bruch- und Knickeiern. – 6) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Verarbeitendes Gewerbe[2] sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
1	* Beschäftigte[3]	1 000	1 521	1 520
2	* darunter Arbeiterinnen und Arbeiter[4]	1 000	986	983
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	128 554	129 413
4	* Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	8 314	8 363
5	* darunter Lohnsumme	Mill. DM	4 474	4 496
6	* Gesamtumsatz	Mill. DM	43 445	43 994
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	13 625	14 068
8	* Index des Auftragseingangs (real)[5]	1991 = 100	96,8	96,9
9	* Inland	1991 = 100	85,8	87,1
10	* Ausland	1991 = 100	121,7	119,0
11	* Vorleistungsproduzenten	1991 = 100	103,9	101,5
12	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	90,9	95,1
13	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,8	84,9
14	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,0	88,5
15	* Produktionsindex[6]	1991 = 100	96,9	98,4
16	* Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	101,4	101,4
17	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	91,2	99,4
18	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	94,8	97,3
19	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,3	85,8
	Öffentliche Energieversorgung			
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 471	11 679
21	* Stromverbrauch[7]	Mill. kWh	10 992	11 129
	Bauwirtschaft und Bautätigkeit[8]			
	Bauhauptgewerbe[9]			
22	* Beschäftigte[3]	Anzahl	188 687	183 733
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 771	18 508
	darunter für den			
24	* Wohnungsbau	1 000	7 465	7 583
25	* gewerblichen und industriellen Bau[10]	1 000	6 649	6 535
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	4 559	4 390

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit Gewinnung von Steinen und Erden, Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung – 6) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt – 7) einschl. Verlusten – 8) Der schaftlichen Bau, jedoch mit Unternehmen der Bahn und Post ab 1996

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
1 540	1 533	1 518	1 517	1 515	1 508	1 509	1 505	1
996	990	981	981	978	971	972	969	2
134 118	119 942	130 268	126 936	133 640	116 806	124 245	121 414	3
10 314	8 565	8 019	7 670	10 385	8 784	7 961	7 646	4
5 385	4 534	4 238	4 079	5 543	4 577	4 178	4 025	5
45 995	43 077	41 514	41 477	44 988	42 705	39 486	39 983	6
14 742	13 383	13 137	12 995	14 576	13 679	12 577	13 048	7
96,9	88,0	96,8	97,8	93,9	85,7	90,6	95,0	8
86,0	77,4	86,2	88,3	84,9	74,6	80,8	83,7	9
121,6	112,2	120,8	119,2	114,3	110,7	112,8	120,4	10
104,8	95,2	105,8	104,4	97,1	87,1	95,3	96,5	11
91,0	84,6	88,5	88,7	94,9	91,1	87,2	94,4	12
95,8	79,4	90,9	88,0	88,2	73,7	81,1	80,0	13
76,2	76,0	86,2	109,1	73,0	73,5	83,9	105,7	14
104,6	95,1	98,0	105,7	103,3r	89,7	98,4	100,2	15
108,2	91,4	104,3	110,1	101,8r	81,9	108,1	113,6	16
98,0	112,8	87,7	101,3	115,9r	118,8	93,2	93,2	17
111,5	89,5	93,9	104,3	102,9r	80,8	92,1	93,3	18
101,4	83,5	91,5	94,8	92,7r	78,9	95,4	95,0	19
12 487	12 625	12 240	11 139	12 687	12 967	13 097	12 057	20
11 776	11 883	12 273	10 970	11 872	12 004	12 262	11 418	21
186 404	183 773	180 446	178 191	181 664	179 139	175 120	173 059	22
19 222	14 709	15 238	14 835	18 704	13 942	14 901	13 256	23
7 425	5 638	6 026	5 763	7 568	5 641	6 173	5 288	24
6 799	5 331	5 641	5 530	6 697	5 111	5 470	5 061	25
4 895	3 666	3 477	3 468	4 439	3 190	3 258	2 907	26

im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaberinnen und Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) ohne Bergbau, Berichtskreiswechsel ab 1996 schränkt die Vergleichbarkeit mit den vorangehenden Zahlen ein. – 9) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 10) ohne landwirt-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: **Bauwirtschaft und Bautätigkeit**			
	Noch: Bauhauptgewerbe[2]			
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	619,4	597,9
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	218,3	221,9
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	2 895,9	2 853,8
4	* Index des Auftragseingangs[3]	1995 = 100	93,4	83,9
5	* Hochbau zusammen	1995 = 100	91,0	85,8
6	* Wohnungsbau	1995 = 100	98,8	118,6
7	* Tiefbau zusammen	1995 = 100	97,4	81,8
8	* Straßenbau	1995 = 100	98,3	86,5
			1997	1998
			Durchschnitt der Quartale	
	Ausbaugewerbe			
9	* Beschäftigte (am Quartalsende)	Anzahl	68 279	73 389
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	22 965	24 417
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	2 950,0	3 048,6
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	3 162	3 553
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 671	3 116
14	* umbauter Raum	1 000 m^3	3 638	3 809
15	* Wohnfläche	1 000 m^2	661	692
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 572 056	1 639 808
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	408	446
18	* umbauter Raum	1 000 m^3	2 657	2 986
19	* Nutzfläche	1 000 m^2	422	477
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	606 589	636 274
21	* Wohnungen insgesamt (in Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	7 778	7 621
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	35 413	35 921

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach Totalerhebung hochge

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
792,5	607,4	543,6	491,4	719,8	569,3	505,7	453,8	1
305,4	216,9	204,3	196,3	291,6	226,9	204,6	201,7	2
3 141,5	3 513,8	1 993,9	2 172,2	3 142,6	3 213,1	1 831,6	2 080,0	3
76,7	98,2	71,1	83,2	80,5	103,1	71,3	78,9	4
71,1	99,6	63,8	84,0	74,7	100,6	70,0	88,4	5
77,6	119,4	78,6	104,3	98,6	96,8	62,2	90,6	6
85,7	95,8	82,9	81,8	89,8	107,1	73,3	63,7	7
76,9	83,7	80,6	69,6	71,0	93,5	50,3	65,4	8

1997				1998				
1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
68 657	68 522	69 116	66 822	74 203	74 007	73 835	71 512	9
22 072	23 405	23 836	22 548	24 289	24 059	25 283	24 038	10
2 388,9	2 801,1	3 002,5	3 607,5	2 810,0	2 908,0	2 991,8	3 484,6	11

1997		1998				1999		
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
2 524	5 048	3 160	1 852	3 155	6 468	3 121	2 341	12
2 121	4 215	2 740	1 611	2 789	5 685	2 719	2 080	13
2 870	5 908	3 461	2 008	3 364	6 851	3 351	2 441	14
527	1 096	624	365	614	1 270	615	445	15
1 242 981	2 572 567	1 484 381	857 962	1 480 204	2 936 929	1 451 850	1 056 742	16
401	573	364	293	470	662	338	348	17
2 601	3 985	2 525	2 152	3 165	5 185	2 277	2 136	18
432	615	425	331	500	869	363	362	19
541 103	839 479	591 699	423 063	626 734	1 160 367	517 111	431 161	20
6 115	12 796	7 103	4 129	6 269	14 207	6 704	4 712	21
29 036	57 287	32 794	20 352	29 591	65 329	31 453	22 615	22

rechnet – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; preisbereinigt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997[2]	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Außenhandel			
	Ausfuhr (Spezialhandel)			
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	15 630,3	15 648,2
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	565,2	549,6
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	15 065,1	15 098,5
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	133,0	109,5
5	* Halbwaren	Mill. DM	942,4	846,0
6	* Fertigwaren	Mill. DM	13 989,6	14 143,0
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	3 924,6	3 878,4
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	10 065,0	10 264,7
	Ausfuhr in die/nach			
9	* EU-Länder[3]	Mill. DM	9 179,3	9 207,3
	darunter			
10	Belgien	Mill. DM	.	.
11	Niederlande	Mill. DM	1 545,8	1 475,2
12	Frankreich	Mill. DM	1 420,9	1 480,1
13	Großbritannien	Mill. DM	1 220,0	1 241,8
14	Italien	Mill. DM	1 150,6	1 142,4
15	Spanien	Mill. DM	552,1	586,2
16	Österreich	Mill. DM	718,6	712,5
17	Schweden	Mill. DM	366,2	352,4
18	Luxemburg	Mill. DM	.	.
19	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	1 111,4	1 221,6
20	Schweiz	Mill. DM	596,5	611,7
	Einfuhr (Generalhandel)			
21	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	15 924,3	16 060,7
	davon			
22	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 643,2	1 621,4
23	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	14 281,1	14 439,2
	davon			
24	* Rohstoffe	Mill. DM	873,5	738,6
25	* Halbwaren	Mill. DM	2 104,8	1 833,9
26	* Fertigwaren	Mill. DM	11 302,9	11 866,7
	davon			
27	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 385,8	2 465,9
28	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 917,0	9 400,7
29	* Einfuhr aus EU-Ländern[3]	Mill. DM	9 350,7	9 224,5

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) endgültige Ergebnisse –

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
16 129,9	16 692,4	14 125,9	15 517,5	15 714,9	14 249,2	13 027,9	13 531,4	1
625,3	611,8	591,9	539,7	525,9	549,2	479,0	524,7	2
15 504,7	16 080,6	13 534,0	14 977,7	15 188,9	13 700,0	12 548,9	13 006,7	3
130,4	134,6	111,7	112,1	96,4	105,5	89,1	91,3	4
971,4	1 278,0	999,6	838,3	835,8	603,4	691,5	656,8	5
14 402,9	14 668,0	12 422,7	14 027,3	14 256,7	12 991,1	11 768,3	12 258,6	6
4 232,1	3 719,3	3 800,5	4 010,5	3 642,9	3 190,2	3 090,9	3 416,0	7
10 170,8	10 948,7	8 622,2	10 016,8	10 613,9	9 800,9	8 677,4	8 842,6	8
9 235,2	9 864,1	8 183,9	9 555,7	9 302,9	8 157,2	8 034,3	8 097,4	9
.	.	.	.	.	.	1 288,6	1 256,7	10
1 629,6	1 802,5	1 587,6	1 431,3	1 400,7	1 304,0	1 239,2	1 286,7	11
1 443,8	1 433,5	1 367,6	1 492,9	1 484,8	1 298,8	1 348,7	1 357,8	12
1 234,6	1 255,5	1 091,0	1 329,2	1 156,7	1 062,5	1 007,1	1 036,5	13
1 144,4	1 255,0	981,5	1 366,9	1 075,6	849,1	973,3	992,9	14
563,0	552,2	551,9	605,7	589,1	535,7	521,6	518,7	15
789,0	698,8	631,0	670,6	759,0	625,3	583,7	605,1	16
376,7	386,0	310,0	375,1	331,2	330,6	325,1	285,9	17
.	.	.	.	.	.	22,0	34,9	18
1 189,8	1 168,1	1 066,3	1 156,2	1 246,9	1 205,4	981,8	1 120,8	19
620,9	546,7	555,8	581,5	637,1	553,8	510,2	557,4	20
16 276,1	16 772,7	16 434,8	15 643,2	16 159,9	15 358,6	13 941,1	14 151,0	21
1 763,2	1 703,7	1 943,8	1 600,5	1 437,7	1 705,3	1 604,9	1 240,3	22
14 512,9	15 069,1	14 491,0	14 042,7	14 722,2	13 653,4	12 336,2	12 910,7	23
839,8	975,9	754,6	737,4	578,3	625,6	607,3	631,6	24
2 195,0	2 111,9	2 182,3	2 010,4	1 762,9	1 589,2	1 639,3	1 642,6	25
11 478,1	11 981,3	11 554,1	11 294,9	12 381,1	11 438,6	10 089,7	10 636,4	26
2 700,9	2 274,3	2 428,3	2 393,5	2 317,5	2 318,5	1 813,7	2 075,0	27
8 777,2	9 706,9	9 125,8	8 901,4	10 063,6	9 120,1	8 276,0	8 561,5	28
9 610,5	10 375,1	9 864,6	9 269,2	9 355,7	8 818,2	7 921,1	7 935,0	29

3) EU-Länder nach dem Gebietsstand von Januar 1995

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Einzelhandel; Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Tankstellen[2]			
1	* Beschäftigte	1995 = 100	96,3	96,9
2	* Umsatz (nominal)	1995 = 100	98,7	101,3
	darunter im Wirtschaftszweig			
3	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1995 = 100	96,8	97,8
	darunter			
4	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4][5]	1995 = 100	91,8	91,5
5	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1995 = 100	94,8	93,1
6	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1995 = 100	110,7	117,6
7	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1995 = 100	97,6	100,4
	darunter Einzelhandel mit			
8	Textilien	1995 = 100	.	.
9	Bekleidung	1995 = 100	96,9	93,5
10	Schuhen und Lederwaren	1995 = 100	100,0	97,4
11	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1995 = 100	97,5	100,9
12	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1995 = 100	90,5	92,2
13	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1995 = 100	100,7	115,2
14	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1995 = 100	97,4	101,9
15	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1995 = 100	106,1	114,3
	darunter			
16	Handel mit Kraftwagen	1995 = 100	107,9	116,5
17	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	99,8	100,8
18	Tankstellen[5]	1995 = 100	91,4	102,6
19	* Umsatz (real)	1995 = 100	97,2	99,4
	darunter im Wirtschaftzweig			
20	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1995 = 100	95,1	96,0
	darunter			
21	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4][5]	1995 = 100	90,3	89,2
22	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1995 = 100	92,0	89,5
23	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1995 = 100	110,6	115,8
24	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1995 = 100	96,8	99,0
	darunter Einzelhandel mit			
25	Textilien	1995 = 100	.	.
26	Bekleidung	1995 = 100	96,2	92,6
27	Schuhen und Lederwaren	1995 = 100	98,5	95,2
28	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1995 = 100	95,5	98,0
29	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1995 = 100	93,0	96,0
30	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1995 = 100	98,8	110,9
31	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1995 = 100	92,9	95,4
32	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1995 = 100	105,8	113,0
	darunter			
33	Handel mit Kraftwagen	1995 = 100	107,9	115,1
34	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	99,5	100,1
35	Tankstellen[5]	1995 = 100	88,7	100,8

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen
rer Wertsschöpfung mehrheitlich zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zugeordnet worden. Daher sind die Ergebnisse mit den Vorjahresmonaten nur be

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
96,5	96,3	95,5	96,0	99,3	99,8	98,5	97,9	1
99,7	117,9	93,4	87,5	107,9	125,6	95,7	89,0	2
99,6	122,5	92,1	84,2	104,7	127,0	95,4	87,2	3
92,9	115,3	88,4	81,0	99,7	123,1	93,3	88,0	4
89,3	116,6	86,2	83,7	92,4	117,3	78,9	76,9	5
108,5	134,9	111,0	106,8	120,8	147,5	131,0	114,8	6
103,8	130,8	91,2	81,0	108,0	131,9	89,8	79,4	7
.	.	.	.	.	.	.	.	8
101,6	128,9	93,4	69,1	103,4	122,7	87,4	63,6	9
100,5	119,1	80,2	65,9	103,4	108,6	79,1	59,8	10
107,3	121,5	92,0	92,1	111,8	128,2	89,2	88,9	11
98,6	146,3	91,7	78,0	107,6	143,6	84,3	78,3	12
99,8	97,2	92,5	90,4	116,3	106,6	90,9	86,2	13
104,4	165,0	92,3	79,8	108,4	175,5	158,7	159,0	14
100,0	100,2	98,6	100,4	120,1	119,9	96,7	96,2	15
99,9	101,0	101,8	103,6	119,4	122,4	104,7	103,6	16
140,2	118,1	70,9	67,2	171,8	118,8	68,5	69,6	17
91,1	91,1	86,9	87,9	115,2	109,0	42,3	47,2	18
98,1	116,2	92,1	86,2	105,9	123,4	93,9	87,5	19
97,7	120,3	90,5	82,7	102,9	124,7	93,6	85,8	20
91,1	113,0	86,3	79,1	97,6	120,5	91,2	86,0	21
86,4	112,8	83,0	80,7	89,1	113,3	75,8	74,0	22
108,4	134,4	111,1	106,6	117,3	143,0	127,4	111,4	23
102,9	130,1	90,4	80,2	106,3	130,3	88,2	77,9	24
.	.	.	.	.	.	.	.	25
100,5	127,6	92,6	68,6	102,0	121,1	86,2	62,8	26
98,8	117,2	78,8	64,8	100,6	105,7	77,0	58,2	27
105,0	118,8	89,8	89,9	108,1	124,0	86,3	86,0	28
102,0	151,6	95,3	81,0	112,6	150,7	88,4	82,2	29
97,6	95,1	90,2	88,1	111,4	102,2	87,0	82,6	30
99,0	155,7	87,2	75,3	101,0	163,5	147,0	147,1	31
99,6	99,8	98,4	100,1	118,1	117,9	95,1	94,6	32
99,8	100,9	101,8	103,3	117,4	120,3	102,9	101,8	33
140,1	118,1	70,9	67,4	169,9	117,5	67,7	68,9	34
88,2	88,5	85,3	86,4	113,1	107,0	41,3	46,6	35

Berichtsmonat vorläufig – 3) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen – 4) in Verkaufsräumen – 5) Ab 1999 sind Agenturtankstellen entsprechend ihdingt vergleichbar.

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Gastgewerbe[2]			
1	* Beschäftigte	1995 = 100	98,9	98,0
2	* Umsatz (nominal)	1995 = 100	98,9	95,8
3	* Umsatz (real)	1995 = 100	96,6	92,2
	Reiseverkehr			
4	* Gästeankünfte	1 000	1 092	1 124
5	* darunter von Auslandsgästen	1 000	193	199
6	* Gästeübernachtungen	1 000	2 857	2 895
7	* darunter von Auslandsgästen	1 000	452	464
	Verkehr			
	Binnenschiffahrt			
8	* Güterempfang	1 000 t	6 259	6 551
9	* Güterversand	1 000 t	3 991	3 942
	Kraftfahrzeuge			
10	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge[3] darunter	Anzahl	71 126	73 303
11	* Personenkraftwaren einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	60 342	62 610
12	* Lastkraftwagen	Anzahl	3 427	3 896
13	* Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	6 155	5 461
	Straßenverkehrsunfälle[4]			
14	* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	6 293	6 199
15	* Getötete Personen	Anzahl	99	90
16	* Verletzte Personen	Anzahl	8 019	7 904

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen

1997		1998				1999		Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
97,8	99,0	95,5	94,9	96,9	97,4	91,2	88,8	1
98,7	105,1	89,3	89,0	95,5	99,8	85,3	85,2	2
95,8	102,1	86,5	86,2	91,4	95,6	81,7	81,5	3
1 149r	845r	914r	951r	1 190p	895p	938p	1 033p	4
186r	146r	169r	174r	181p	154p	166p	217p	5
2 674r	2 110r	2 289r	2 379r	2 706p	2 230p	2 380p	2 591p	6
409r	325r	394r	440r	381p	341p	388p	543p	7
6 295	6 485	7 097	6 281	6 330	6 345	5 755	5 627	8
4 025	3 655	4 211	3 927	3 617	3 341	3 623	3 259	9
58 942	60 022	65 863	65 562	66 736	65 383	69 219	64 219	10
52 022	53 716	58 111	56 353	60 191	58 702	61 034	56 148	11
3 899	3 385	3 635	3 036	4 205	4 392	3 878	3 331	12
2 092	1 927	2 890	5 023	1 219	1 235	2 906	3 538	13
5 976	5 443	5 500	4 830	5 984	5 477	5 163	4 770	14
95	96	101	73	88	96	81	78	15
7 520	7 086	6 980	6 084	7 623	7 079	6 647	6 137	16

Berichtsmonat vorläufig – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 4) Daten für das Jahr 1998 vorläufig

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Insolvenzen			
1	* Insolvenzen[2] insgesamt	Anzahl	534	536
2	* Unternehmen	Anzahl	447	432
	davon in der Wirtschaftsabteilung[3]			
3	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	62	56
4	Baugewerbe	Anzahl	111	106
5	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Anzahl	107	114
6	Dienstleistungen[4]	Anzahl	160	149
7	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	8	8
8	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	86	104
9	* Beantragte Konkurse	Anzahl	533	534
10	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	361	360
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
11	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,5	104,5
12	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,4	104,2
13	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit höherem Einkommen	1995 = 100	103,2	104,1
14	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten mit geringem Einkommen	1995 = 100	103,9	105,2
			1997	1998
			Vierteljahresdurchschnitt	
15	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1995 = 100	101,1	102,2
	davon			
16	Rohbauarbeiten	1995 = 100	99,8	100,3
17	Ausbauarbeiten	1995 = 100	102,4	104,0
18	Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	99,6	101,2

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) ohne Anschlußkonkurse, Abschnitt H), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I), Kredit- und Versicherungsgewerbe (AbschnittJ), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Sozialwesen (Abschnitt N) sowie Erbringung vonsonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschitt O)

1997				1998				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
563	503	551	518	620	546	435	587	1
489	401	471	432	505	443	328	481	2
67	29	61	65	62	51	38	60	3
104	107	114	105	119	122	75	100	4
123	92	118	96	133	111	96	132	5
185	164	173	152	187	147	112	176	6
10	9	5	14	4	12	7	13	7
74	102	80	86	115	103	107	106	8
563	502	550	516	619	546	435	584	9
430	315	339	334	439	359	313	317	10

1997	1998			1999			
Dezember	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
104,0	104,0	104,2	104,0	104,4	104,2	104,4	104,5	11
103,7	103,8	103,9	103,8	104,2	103,9	104,1	104,1	12
103,5	103,6	103,8	103,7	104,1	103,9	104,2	104,2	13
104,6	104,8	105,0	104,8	105,1	104,7	104,9	104,9	14

1997				1998				
Februar	Mai	August	November	Februar	Mai	August	November	
100,8	101,0	101,3	101,2	101,2	102,3	102,5	102,6	15
99,6	99,7	99,9	99,8	99,4	100,5	100,6	100,5	16
102,0	102,2	102,6	102,6	12,9	104,1	104,3	104,6	17
99,2	99,4	99,7	100,1	100,1	101,4	101,7	101,7	18

denen ein eröffnedes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist – 3) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – 4) Gastgewerbe (gemäß WZ 93: beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschitt K), Erziehung und Unterricht (Abschnitt M), Gesundheits-, Veterinär-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

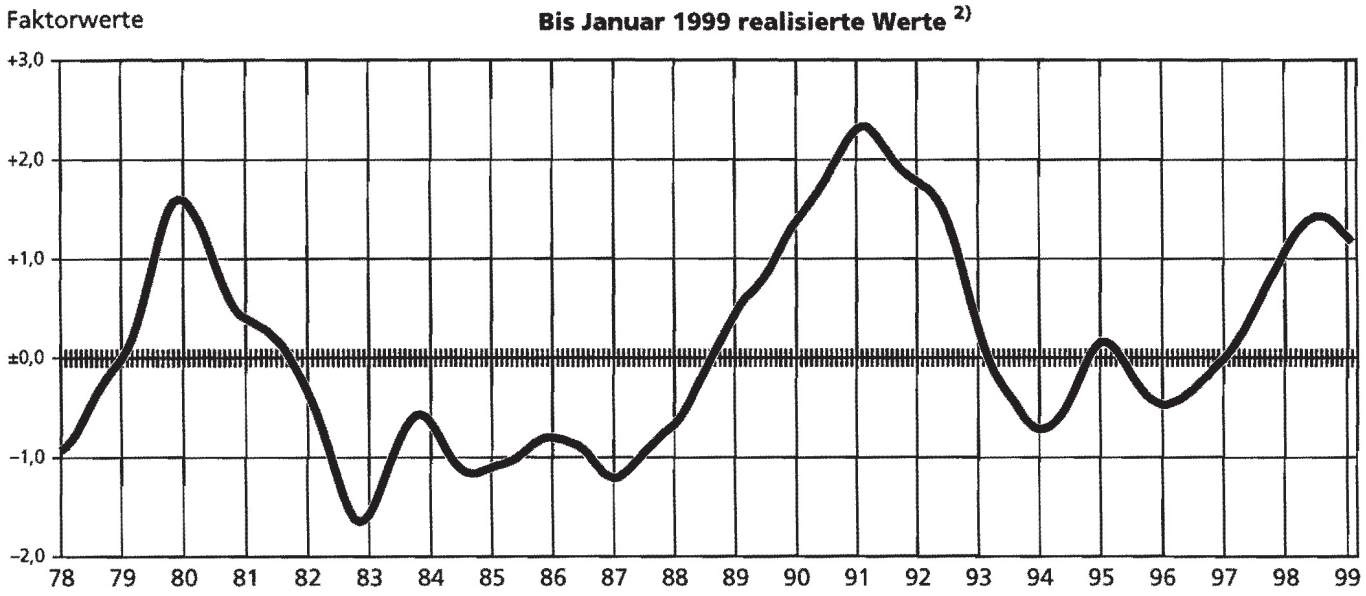
Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997[3]	1998
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
1	* Arbeiter	DM	4 573	4 647
2	* Arbeiterinnen	DM	3 326	3 389
	Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
3	* Arbeiter	DM	27,33	27,69
4	* Arbeiterinnen	DM	20,77	21,17
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	6 710	6 828
6	* weiblich	DM	4 824	4 960
	* technische Angestellte			
7	* männlich	DM	6 965	7 096
8	* weiblich	DM	5 019	5 165
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
9	* männlich	DM	5 548	5 631
10	* weiblich	DM	4 139	4 259

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der Betriebe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) in der Fassung für die Verdienststatistik

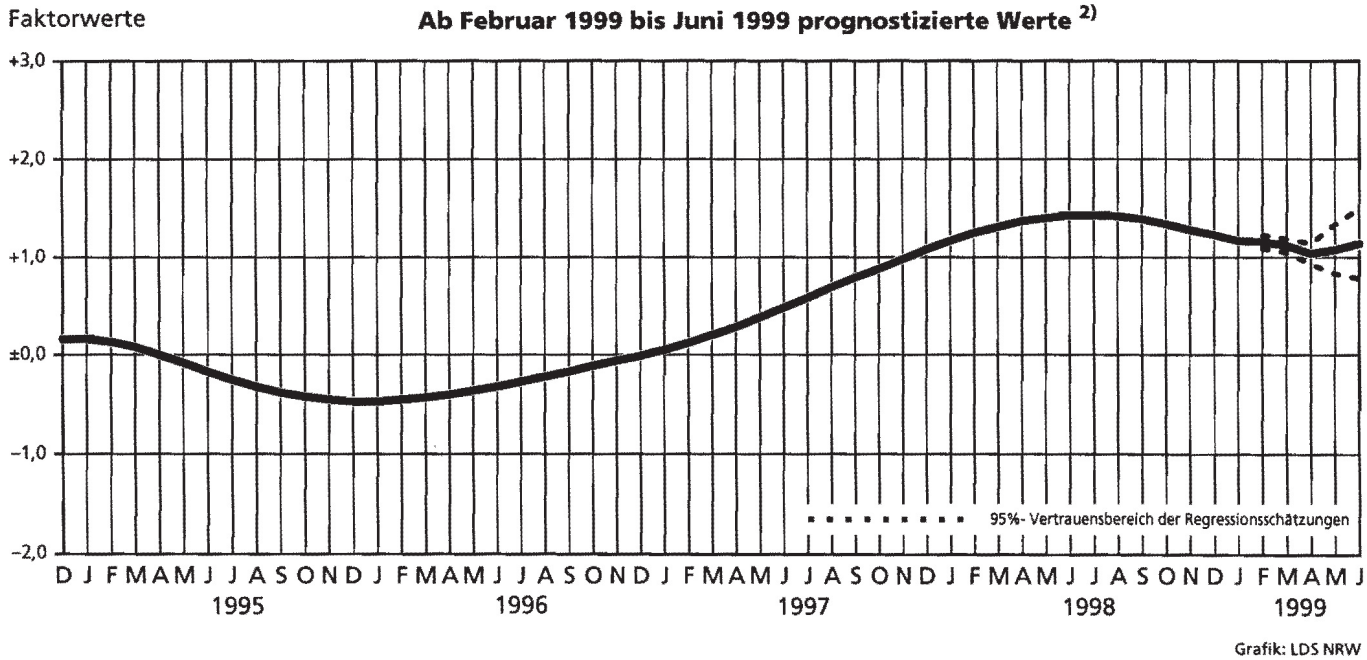
1997			1998				1999	Lfd. Nr.
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	
4 593	4 585	4 596	4 522	4 643	4 659	4 693	4 594	1
3 336	3 333	3 334	3 357	3 396	3 398	3 391	3 428	2
27,38	27,36	27,37	27,37	27,72	27,69	27,80	27,75	3
20,84	20,78	20,81	20,95	21,23	21,22	21,17	21,51	4
6 697	6 713	6 747	6 769	6 843	6 822	6 848	6 872	5
4 813	4 827	4 854	4 882	4 944	4 973	4 991	5 008	6
6 977	6 990	6 969	6 954	7 076	7 117	7 152	7 093	7
5 009	5 033	5 047	5 048	5 105	5 184	5 237	5 191	8
5 546	5 544	5 559	5 615	5 635	5 618	5 645	5 684	9
4 125	4 141	4 156	4 232	4 236	4 268	4 277	4 325	10

Beschäftigten gewichtigter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 3) ab Januar 1996 wirtschaftssystematische Zuordnung der

Monatlicher Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung [1]



Grafik: LDS NRW



Grafik: LDS NRW

1) letzte Umstellung des Indikatormodells auf neue Reihen im Heft 11/96
2) Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW. Heft 5/95.